

Trotz Mindestpension kein Anspruch auf Wohnbeihilfe

Seite 4/5



Der Regress kann jeden treffen. Die Landesregierung mauert bei der Abschaffung dieser Strafsteuer für Angehörige, die es nur in der Steiermark gibt. Die KPÖ errichtete vor den Landhaus eine symbolische Mauer, die bei jeder Landtags Sitzung länger wird, solange der Regress nicht fällt.

Kahlschlag-Koalition:

Bezirke und Gemeinden werden wegrationalisiert, Schulen geschlossen, Polizeistationen „eingespart“: Was bleibt von der Steiermark nach Voves und Schützenhöfer? Die KPÖ ruft zur konstruktiven Gegenwehr gegen die Kahlschlagpolitik der Landesregierung auf. Tel. 0316/ 877 5102



**WEG MIT DEM
REGRESS**

Tag der offenen Konten:



In 16 Jahren 1,5 Mio. Euro vom Gehalt gespendet

Die Landtagsabgeordneten Werner Murgg und Claudia Klimt-Weithaler sowie die Grazer Stadträtin Elke Kahr (Mitte) spendeten mehr als die Hälfte ihrer Politikerbezüge, um Menschen in Notlagen zu helfen.

KPÖ-Mandatarinnen und -Mandatare spendeten bisher 1.478.618 Euro.

Zum 16. Mal legten die KPÖ-Politiker – die Grazer Stadträtin Elke Kahr und die Landtagsabgeordneten Claudia Weithaler und Werner Murgg am „Tag der offenen Konten“ am 27. 12. 2013 die Verwendung ihrer Politikerbezüge offen. Seit Ernest Kaltenegger 1998 Stadtrat in Graz wurde, gilt für Mandatare der KPÖ, dass ein Großteil ihrer Bezüge für in Not geratene Menschen verwendet wird.

2013 wurden von der Grazer Stadträtin Elke Kahr sowie von den Landtagsabgeordneten der KPÖ, Claudia Klimt-Weithaler und Werner Murgg, insgesamt € 121.475,03 zur Unterstützung von in Not geratenen Menschen zur Verfügung gestellt. Am Tag der offenen Konten können Interessierte Einsicht in die Unterlagen nehmen. Netto verdienen die Grazer Stadträtin Kahr 5500 Euro, Klubobfrau Klimt-Weithaler 5600 Euro und LAbg. Werner Murgg, der auch Stadtrat in Leoben ist, 4200 Euro. Für KPÖ-Mandatarinnen und -Mandatare gilt eine Gehaltsobergrenze von 2200 Euro.

Elke Kahr wies darauf hin,

dass im Jahr 2013 besonders viele junge Menschen Hilfe in Anspruch genommen haben. Grund dafür sind oft sehr niedrige Lehrlingsentschädigungen und die bisherige Weigerung der Landesregierung, dieser Personengruppe die Mindestsicherung zuzugestehen. Dieser Missstand wurde nach Interventionen der KPÖ beseitigt.

Die KPÖ bedankt sich herzlich bei all jenen, die den Sozialfonds mit privaten Spenden unterstützt haben. Im Jahr 2013 machten diese Spenden 12.000 Euro aus.

ZITIERT

„Warum hat die gemeldete Wirtschaftserholung keine positive Auswirkung auf große Teile der Bevölkerung? Ganz einfach deshalb, weil der gemeldete wirtschaftliche Erfolg teilweise auf wachsender Armut von Arbeitnehmern aufbaut.“
Helga Spindler, Arbeits- und Sozialrechtsprofessorin (Telepolis, 5.1. 2014)

Haben wir „über unseren Verhältnissen gelebt“? Gewinn- und Besitz EinkommensbezieherInnen profitierten verhältnismäßig immer mehr vom Wirtschaftswachstum, da sie einen immer größeren Anteil der erwirtschafteten Leistungen

Bürgermeisterbezüge 2014, monatlich, brutto, 14 x

Gemeinde-Einwohner	2013, in Euro	ab 2014, in Euro
bis 500	1.495	2.077
501 - 1.000	1.875	2.492
1.001 - 2.000	2.160	3.323
2.001 - 3.000	2.575	3.738
3.001 - 5.000	2.824	4.153
5.001 - 7.000	3.655	4.984
7.001 - 10.000	4.320	5.399
10.001 - 20.000	5.399	
10.001 - 15.000*		6.230
15.001 - 20.000*		7.061
20.001 - 30.000	7.060	7.892
über 30.000*		8.307

Voves & Co. haben die Bürgermeisterbezüge kräftig angehoben. Bis zu 54% steigen die Bezüge. Nach der Gemeindefusion 2015 werden viele Gemeinden in eine höhere Einwohne-Stufe fallen, deren Bürgermeister dann noch besser verdienen.

* Diese Gliederungen sind neu und gelten seit Jahresbeginn 2014

erhielten. (...)Auch der Unterschied zwischen den Beziehern niedriger und hoher Einkommen klappt immer weiter auseinander. Anders gesagt: Die Mehrheit der Menschen hat sogar unter „ihren“ Verhältnissen gelebt. (Blog Arbeit und Wirtschaft, Beigewum 2. Jänner 2014)

„Der steirische SPÖ-Chef Franz Voves hat glauben lassen, er sei ein Linker, was sich angesichts der Politik in der Steiermark mit Pflege regress und Kürzungen im Sozialbereich ebenfalls als unglaublich herausgestellt hat.“ Kurt Flecker, Standard, 30. 12. 2013)

Behinderten Parteien

Während Voves und Schützenhöfer im Auftrag des EU-Finanzregimes vor allem im Sozialbereich einen Kürzungskurs fahren, der den Leuten die Luft zum Atmen nimmt, gibts für Politiker und Parteien satte Erhöhungen.

Jüngstes Beispiel: Die neuerliche Erhöhung der Parteienförderung in der Steiermark. Die Gemeinden werden gezwungen ca. 5 Euro pro Wahlberechtigtem für die Parteien zu zahlen. Ange-

Salla ist eine der Gemeinden, die dem Sparpaket des Landes zum Opfer fallen. Foto: www.gemeindeinitiative.at



förderung gekürzt förderung: erhöht

sichts der Gemeindefusionen und Kürzungen auch bei den Gemeinden sind nicht alle Bürgermeister willens, das freiwillig zu tun. Das Steiermärkische Volksrechtsgesetz sieht eine Volksabstimmung über ein Gesetz vor, wenn 80 Gemeinden eine solche beantragen.

KPÖ-Landtagsabgeordneter Werner Murgg: „Die von uns abgelehnte Parteienförderung, die von den Gemeinden abgeführt werden muss, ist den selbst ernannten Reformpartnern offenbar besonders wichtig. Spitäler, Schulen, Pflege, Wohnen – bei diesen und vielen anderen Themen ist keine Rede von einer Dringlichkeit. Die

Parteienförderung wird aber mit diesem ungewöhnlichen Mittel einzementiert, weil man Angst hat, dass sich die Gemeinden gegen diese Maßnahme wehren.“

Wertanpassung

SPÖ und ÖVP wollen mit einer der Neuregelung der steirischen Parteienförderung auch eine automatische jährliche Wertanpassung (Indexierung) einführen. Murgg: „Bei der Wohnbeihilfe gibt es keine Wertanpassung, warum hier?“ Die KPÖ fordert, dass es weiter im Ermessen der Gemeinden liegen muss, weniger oder gar keine Parteienförderung zu beschließen.

Erhöhung der Politiker-Einkommen

Funktion	Bruttogehalt bis 2012* 14x pro Jahr	Bruttogehalt seit Juli 2013* 14x pro Jahr	Erhöhung/ mtl.
Bundespräsident Fischer	€ 22.848	€ 23.259	€ 411
Bundeskanzler Fayman (SP)	€ 20.400	€ 20.767	€ 367
Landeshauptmann Voves (SP)	€ 15.504	€ 15.938	€ 434
LH-Stv. Schützenhöfer (VP)	€ 14.688	€ 15.099	€ 411
Landesrat (SP, FP, VP)	€ 13.872	€ 14.260	€ 388
Bürgermeister Nagl (VP)	€ 12.648	€ 12.875	€ 228
Vizebürgermeisterin Schröck (SP)	€ 10.608	€ 10.799	€ 191
Stadträte in Graz	€ 9.792	€ 9.968	€ 176

Weil die Pensionen um nur 1,8 Prozent erhöht werden, bekommen auch die Politiker „nur“ die gleiche prozentuelle Erhöhung: die fällt bei einem Monatseinkommen im fünfstelligen Bereich anders aus als bei einer Mindestpensionistin. Die KPÖ-Politiker behalten höchstens 2.200 Euro für sich selbst.



Kommentar LAbg. Claudia Klimt-Weithaler

KPÖ im Landtag

Landesfürsten

Unter Führung des ersten SPÖ-Landeshauptmannes in der Steiermark findet seit 2010 der größte Kahlschlag statt, den es in der Zweiten Republik je gegeben hat. Arbeitslosigkeit und Kinderarmut erreichen traurige Rekordwerte, Lebensstandard und Kaufkraft sind spürbar gesunken. Dafür feiern sich Voves und Schützenhöfer mit Sonderleistungen im Fernsehen und Sondersitzungen im Landtag selbst. Den Menschen nützt das wenig, im Gegenteil: Mit jeder so genannten „Reform“ wird das Leben für tausende Steirerinnen und Steirer noch schwerer. Denn unter „Reformen“ verstehen die beiden Landesfürsten Nulllohnstunden, Schul- und Krankenhausschließungen, Kürzungen für Menschen mit Behinderungen, Kürzung der Mindestsicherung und der Wohnbeihilfe, erneute Kin-



dergattengebühren, Zwangsfusionen und vor allem die Wiedereinführung des Pflege regresses.

Das erklärte Ziel, den Schuldenstand zu verringern, rückt trotzdem in weite Ferne. Noch nie hatte die Steiermark so hohe Schulden wie nach drei Jahren „Reformpartnerschaft“. Kein Wunder, denn die Kaufkraft nimmt aufgrund dieser Politik erstmals seit Jahrzehnten ab, die Löhne sinken, die Unsicherheit wächst. Nur für eine neuerliche Erhöhung der Parteienförderung ist Geld da.

Die Steiermark würde jetzt eine Landesregierung brauchen, die sich der Probleme im Land annimmt, statt immer neue zu schaffen.

LAbg. Claudia Klimt-Weithaler
Tel. 0316 / 877 5104
ltk-kpoe@stmk.gv.at

KLEIN, aber MIT BISS



„Es gibt neue Rekorde: Die Arbeitslosenzahlen und die Parteienförderung sind so hoch wie nie. Ob das eine mit dem anderen zusammenhängt?“

INHALT

Kommentar zu Gemeindefusionen	4
Wohnbeihilfe: Mindestpension „zu hoch“	4/5
37 Millionen verspekuliert	4
Richtwerte 2014	5
Aktiv gegen Pflegeregress	6
Familien- statt Bankenrettung	7
Arbeiterkammerwahl 2014	
Diesmal GLB-KPÖ wählen!	7-9
Wegrationalisiert: Gemeinde 10	
Aus den Bezirken:	
Regionalberichterstattung	11-14
Interview mit einem Glücksspieler	18/19
Februar 1934	20-21
Anzeigen, Impressum	22
Tierecke	23

MEINUNG



Wir unterstützen den Kampf gegen Zwangsfusionen

Kommentar von LAbg. Werner Murgg
Er ist Vorsitzender des
Kontrollausschusses im Landtag

Dieser Tage hat die steirische Gemeindeinitiative beraten, in welcher Form der Widerstand gegen die von SPÖ und ÖVP im Landtag beschlossenen Gemeindefusionen weiter gehen soll. Mehr als 100 Gemeinden machen bei dieser Initiative mit. In allen beteiligten Gemeinden gibt es breite Unterstützung der Bevölkerung. Die KPÖ steht ohne wenn und aber auf Seiten der empörten Bürgerinnen und Bürger.

In fast allen Gemeinden, in denen die Bevölkerung befragt wurde, hat sich eine überwältigende Mehrheit für die Selbstständigkeit ihrer Gemeinde ausgesprochen. Das alles interessiert Voves und Schützenhöfer nicht. Die besondere Frechheit besteht dabei darin, dass ÖVP und SPÖ den Menschen vor Ort weismachen wollen, die Zwangsfusionen würden zur Stärkung der Kommunen beitragen. Das Gegenteil ist wahr. 40 bis 50 Millionen Euro wollen die sogenannten „Reformpartner“ mit den Fusionen jährlich einsparen. Ich frage mich: Wo soll dieses Geld herkommen? Voves und Schützenhöfer haben die Antwort parat: durch Synergieeffekte. Sie meinen damit eine „bessere“ Auslastung der Infrastruktur. Wenn es in fusionierten Gemeinden bisher drei Kindergärten, zwei Volksschulen

und drei Gemeindeämter gegeben hat, wird es in Zukunft dort wahrscheinlich nur mehr einen Kindergarten, eine Volksschule und ein Gemeindeamt geben. Das als Verbesserung verkaufen zu wollen, heißt den Menschen ein X für ein U vorzumachen.

Voves und Schützenhöfer gehen mit den angeblich durch Fusionen steigenden Ertragsanteilen hausieren. Ertragsanteile sind die Gelder, welche die Gemeinden vom Bund aus dem Steuertopf erhalten. Steigt die Einwohnerzahl, steigen auch diese Ertragsanteile pro Kopf der Bevölkerung. Das ist nur die halbe Wahrheit. Der laufende Finanzausgleich läuft Ende 2015 aus. Dann wird neu verhandelt. Die Mehreinnahmen der Steiermark gehen auf Kosten der anderen Bundesländer und der nicht fusionierten steirischen Gemeinden. Auch Graz verliert somit Gelder. Die Verlierer werden sich das natürlich nicht gefallen lassen. Ab 2016 werden sich die Mehreinnahmen vermutlich in Luft auflösen.

Gerade am Land wissen die Gemeindebürger, was sie an ihrer kommunalen Infrastruktur haben. Sie wissen, was durch die Fusionen alles am Spiel steht. Deshalb wehren sie sich. Die KPÖ wird alle Initiativen gegen Zwangsfusionen weiter aus ganzem Herzen unterstützen!

Die steirische Gemeindeinitiative
www.gemeindeinitiative.at
bemüht sich um den Erhalt steirischer Gemeinden

Lesen Sie mehr auf Seite 10 und 11



Unsere Gemeinde
Unsere Heimat



Steiermark: Mit Mindest

Die von Soziallandesrat Schrittwieser (SPÖ) kurz vor Weihnachten angekündigte Verbesserung der Wohnbeihilfe entpuppt sich als Schwindel: Selbst Ehepaare, die nur die Mindestpension beziehen, fallen aus der Wohnbeihilfe, da sie ein zu hohes Einkommen haben. KPÖ-Abgeordnete Claudia Klimt-Weithaler kritisierte dieses neuerliche Beispiel verfehlter Sozialpolitik.

Schrittwieser senkte die Wohnbeihilfe 2011 drastisch. Der Anteil für Betriebskosten wurde halbiert, obwohl gerade dort steigende Tarife für eine starke Teuerung

sorgen. Da jahrelang auch die Einkommensgrenzen nicht erhöht wurden, fallen jährlich tausende Steirerinnen und Steirer aus der Wohnbeihilfe – 5000 alleine in den letzten zwei Jahren.

Die nun erfolgte Erhöhung der Grenze um 3,5 %, für die sich Schrittwieser medial feiern ließ, ist nicht einmal ein Tropfen auf den heißen Stein: Wie die aktuellen Berechnungsgrundlagen zeigen, verdienen Ehepaare mit Mindestpension (!) in der Steiermark bereits zu viel, um eine Wohnbeihilfe beziehen zu können. Nur alleinstehende Mindestpensionisten haben noch die Chance, im Schrittwieser-System Unterstützung zu bekommen.

Land verspekulierte 37 Millionen Euro

Im letzten Frühjahr musste die Salzburger Landshauptfrau zugeben, riesige Verluste durch die Spekulation mit öffentlichen Geldern eingefahren zu haben. Der Ruf nach einem Spekulationsverbot – etwa mit Wohnbaugeldern – wurde laut.

Nun deckte der Landesrechnungshof in einem im Dezember 2013 erschienenen Bericht auf, dass auch das Land Steiermark Spekulationsverluste bei einem Frankenkredit einen Schaden von mindestens 37 Mio. Euro erlitten hat. Dies wurde im Rechnungsabschluss

2012 des Landes dadurch verheimlicht, dass der Kredit mit einem nicht mehr gültigen Wechselkurs angegeben wurde. Im Rechnungsabschluss wurde der Kredit mit 182 Mio. Euro beziffert, obwohl er zu diesem Zeitpunkt bereits mit 219 Mio. Euro zu Buche schlug. Da dieser Kredit nicht abgesichert ist, kann der tatsächliche Schaden für

das Land Steiermark noch weit über die 37 Mio. Euro hinausgehen.

KPÖ-LAbg. Claudia Weithaler: „Das Lügengebäude der selbst ernannten ‚Reformpartner‘ gerät immer stärker ins Wanken. Nach drei Jahren wird das Loch im Landesbudget trotz brutaler Kür-

zungsmaßnahmen immer größer. Voves und Schützenhöfer machen Schulen, Geburtenstationen und Menschen mit Behinderung dafür verantwortlich. Von den Millionen, die sie und ihre Vorgänger verspekuliert haben, wollen sie nichts wissen. Jetzt droht der Bevölkerung das nächste Kürzungspaket unter Landeshauptmann Voves.“

Klimt-Weithaler (KPÖ): „37 Mio. Euro Schaden! Alleine dieser Verlust macht so viel aus, wie der Pflegegress in fünf Jahren einbringt.“

pension „zu reich“ für Wohnbeihilfe

Klimt-Weithaler: „Die schleichende Abschaffung der Wohnbeihilfe unter Schrittwieser ist eine Schande für die Steiermark. Obwohl das Wohnen immer teurer wird, fallen immer mehr bedürftige Steirerinnen und Steirer aus dem System. Das Sozialressort ist offensichtlich in den falschen Händen, wenn für den Landesrat nicht einmal Mindestpensionisten Unterstützung bekommen können.“



Wohnbeihilfe neu: Die Fakten

Derzeit beziehen rund 27.500 Haushalte die Wohnbeihilfe, vor zwei Jahren waren es noch um 5000 mehr.

Die unter Landesrat Flecker eingeführte Betriebskostenpauschale („Wohnbeihilfe neu“) je Quadratmeter wurde 2011 von € 1,56 auf € 0,78 halbiert und damit die Wohnbeihilfe stark reduziert. Die höchste gewährte Wohnbeihilfe für einen Alleinstehenden betrug vor der Halbierung der Betriebskostenpauschale € 182, danach nur mehr € 143.

Ein alleinstehender Mindestpensionist bekommt nun eine Wohnbeihilfe in der Höhe von € 92,30 (also auch schon viel weniger als die höchste Wohnbeihilfe in der Höhe von € 143).

Ein Ehepaar, das eine Pension mit Ausgleichszulage (Mindestpension) bezieht, bekommt € 1.220,45 monatlich netto, dieser Betrag wird mal 14 (Urlaubs- und Weihnachtsgeld) dividiert durch 12 gerechnet und es ergibt sich eine Pension in der Höhe von € 1.423,85. Bereits ab einer Einkommenshöhe von € 1.300 gibt es keine Wohnbeihilfe für einen Zwei-Personenhaushalt.

Notarzdienst: Privatisierung ist vom Tisch!

Die Landesregierung überlegte den bei der KAGes und der Med-Uni Graz angesiedelten Notarzdienst einer privaten Organisation zu übertragen. Nach einer Dringlichen Anfrage der KPÖ will sie aber davon Abstand nehmen.

Die KPÖ meint, dass der Notarzdienst so wichtig für die steirische Bevölkerung ist, dass er sich nicht für kurzfristige Einsparungen eignet. In einer Dringlichen Anfrage an LH Voves wies KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler in der Landtagssitzung am 17. Dezember 2013 darauf hin, dass es schwerwiegende Bedenken gegen eine Privatisierung gibt.

In seiner Anfragebeantwortung räumte LH Voves ein, dass tatsächlich die Überlegung bestanden habe, den Notarzdienst auszugliedern. Dies sei aber vom Tisch, nun werde über eine Lösung im Rahmen der KAGes verhandelt. Eine Auslagerung auf eine private Organisation würde das Problem

zu langer Dienstzeiten der Ärzte nicht lösen. Das steirische Notarzwesen soll laut Voves weiter in das Spitalswesen integriert sein.



Daniel Rennen / pixelio.de

Die KPÖ setzte sich dafür ein, dass die Notfallmedizin in der Verantwortung des Landes bleibt.

Pensionen – Ausgleichszulage

Mindestpension mit Ausgleichszulage für Alleinstehende: ...€ 857,73 für Ehepaare, eingetragene Partnerschaften:€ 1.286,03
Erhöhung pro Kind:€ 132,34 (jeweils minus 5,1% für die Krankenversicherung)

Mindestsicherung

Alleinstehende und Alleinerzieher/innen:€ 813,99
Volljährige im gemeinsamen Haushalt (z.B. Ehegatten):...€ 610,49
ab 3. volljährige Person:.....€ 407,00
1. bis 4. Kind:€ 154,66
ab dem 5. Kind:€ 187,22

Rezeptgebührenbefreiung

Bemessungsgrundlage (netto) orientiert sich an der Pensionen-Ausgleichszulage (siehe oben)
Rezeptgebühr 2014: € 5,40/Medikament

Geringfügigkeitsgrenze:
€ 395,31/Monat

Obergrenze für Rundfunk-Telefongebührenbefreiung/

Telefontentgeltzuschuss (netto):
1 Person:€ 960,66
2 Personen:€ 1.440,35
3 Personen:€ 1.588,57

Familienbeihilfe

Zwischen 163,80 bei einem Kind unter 3 Jahren und 261,10 bei 4 Kindern über 19; im September zusätzlich € 100,- für Kinder zw. 6 und 15 Jahren; Erhöhung um Geschwisterstaffel ab zwei Kindern; für erheblich behinderte Kinder kann erhöhte Familienbeihilfe beantragt werden.

Pflegegeld (seit 2011 gleich):

Stufe 1: 154,20
Stufe 2: 284,30
Stufe 3: 442,90
Stufe 4: 664,30
Stufe 5: 902,30
Stufe 6: 1.260,00
Stufe 7: 1.655,80

www.mindestsicherungsrechner.at

DSA Karin Gruber
Herrengasse 16,
8010 Graz
Tel. 0316 / 877 - 5101,
E-Mail: karin.gruber@stmk.gv.at



Unermüdlich gegen den Pflegeregress

Sie bauen die Mauer

Die KPÖ bleibt dabei: Sofortige Abschaffung des Pflegeregresses! – „Die Landesregierung kann sich nicht ewig einmauern“

Die Steiermark ist das letzte Bundesland, in dem Kinder für ihre pflegebedürftigen Eltern eine Angehörigensteuer entrichten müssen. Um die Haltung der „Reformpartner“ zu verdeutlichen, stellte die KPÖ vor Beginn der Landtagsitzung am 21. Jänner eine Mauer für LH Voves und seinen Stellvertreter Schützenhöfer auf.

„Die Landesregierung kann sich nicht ewig einmauern. Der Regress muss endlich fallen“, bekräftigte KPÖ-Abgeordnete Claudia Klimt-Weithaler ihre Ablehnung dieser unsozialen Belastung. Gemeinsam mit der Grazer Wohnungsstadträtin Elke Kahr und LAbg. Werner Murgg machte sie mit Unterstützung vieler Aktivistinnen und Aktivisten gegen diese unsoziale Belastung mobil.

In der heutigen Landtags-

sitzung wird die KPÖ erneut beantragen, den Pflegeregress abzuschaffen. 18.000 Steirerinnen und Steirer haben im Vorjahr mit ihrer Unterschrift unter eine Petition der KPÖ bekräftigt, dass sie den Regress so schnell wie möglich abgeschafft sehen wollen.

Für viele stellen die Zahlungen für pflegebedürftige Angehörige eine ernste finanzielle Belastung dar, da auf weitere Unterhaltungspflichten keine Rücksicht genommen wird und der Regress schon ab 1286 Euro Monatseinkommen zu leisten ist. Auch Leistungen wie Abfertigungen und die Pendlerpauschale werden zum Einkommen gezählt.

Klimt-Weithaler: „Der Regress ist keine geeignete Form der Pflegefinanzierung. Viele Steirerinnen und Steirer sehen nicht ein, warum sie als ‚Österreicher zweiter Klasse‘ behandelt werden. Herr Landeshauptmann, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, hören Sie sich in Ihren eigenen Reihen um. Der Regress ist nirgends mehrheitsfähig. Schaffen Sie ihn endlich ab!“



Die Mauer wächst bei jeder Landtagsitzung. KPÖ gibt nicht nach im Kampf gegen den ungerechten Regress.

Budget gescheitert

KPÖ: Voves entgleitet Budget, weitere brutale Einschnitte drohen

Als gescheitert betrachtet KPÖ-LAbg. Claudia Klimt-Weithaler die Kürzungspolitik, die unter LH Voves seit 2010 in der Steiermark durchgepeitscht wird. „Trotz brutaler Einschnitte in das Gesundheits-, Bildungs- und Sozialsystem wächst das Budgetloch monatlich um etwa 8 Mio. Euro“.

Klimt-Weithaler: „Wenn die so genannten Reformpartner am Nulldefizit festhalten, bedeutet das für die Bevölkerung noch brutalere Kürzungen als jene, die in den vergangenen drei Jahren die Steiermark zum sozialen Schlusslicht Österreichs gemacht haben. Statt einzugestehen, dass sie mit dem Budget gescheitert ist, beschließt die Regierung immer neue Belastungen.“

Am 5. Juli 2013 sprach Landeshauptmann Voves von einem plötzlich aufgetretenen Loch im Landeshaushalt von 300 Mio. Euro. Finanzlandesrätin Vollath nannte nun, nur sechs Monate später, einen Fehlbetrag von 350 Mio. Euro. Am Budgetziel werde aber festgehalten, betont die Landesregierung.

In vielen Bereichen gibt es nichts mehr zu sparen. Die Landesregierung treibt Menschen in die Armut, hungert die ländlichen Regionen aus, vernichtet die Kaufkraft der Bevölkerung. Diese Politik bestraft wieder die, die schon jetzt kaum noch über die Runden kommen, also alle, die von einem normalen Einkommen leben müssen“.

Steiermark wehrt sich

Die Steiermark wehrt sich gegen den Regress, 18.000 haben schon unterschrieben.

In allen anderen Bundesländern ist diese ungerechte Steuer auf Angehörige längst abgeschafft.

Im Internet gegen den Regress unterschreiben:

<http://www.kpoe-steiermark.at/unterschriften-aktion-weg-mit-dem-regress.phtml>

Ungleichheit in Österreich: Steirer zahlen, alle anderen nicht

Weg mit dem REGRESS!

Der Kampf geht weiter!
18.000 Unterschriften – aber Voves und Schützenhöfer mauern sich ein

ONLINE Petition!

KPÖ
www.kpoe-steiermark.at

KPÖ für Entlastung der Familien statt Bankenrettung

Immer mehr Steirer sind auf die Mindestsicherung angewiesen. Familien stöhnen unter der Kürzungen der Landesregierung.

Angesichts der dramatischen Zunahme der Armut in unserem Bundesland fordert die KPÖ ein Soforthilfepaket für steirische Familien. Diese Entwicklung, insbesondere die Zunahme der Kinderarmut, ist nicht nur Ausdruck der weltweiten Krise des Kapitalismus, sie ist auch das Ergebnis der Politik von SPÖ und ÖVP in der Steiermark.

Horrorliste

- Seit Beginn der rot-schwarzen „Reformpartnerschaft“ im Jahr 2010 sind steirische Familien mit Verschlechterungen konfrontiert:
- **Kürzung** der Wohnbeihilfe und der Mindestsicherung (2011)
 - **Streichung** des Kinderzuschusses

ses für Familien mit kleinem Einkommen (2011)

- **Abschaffung** des Rechtsanspruchs auf eine Beihilfe zu Kindererholungsaktionen (2013)
- **Streichung** der Sozial- und Lernbetreuung für 1500 steirische Kinder (2011)
- Die 2011 eingeführten **Kindergartengebühren** führen dazu, dass viele Kinder den Kindergarten kürzer besuchen.
- Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen wurde die „Entwicklungsförderung“ **ersatzlos gestrichen**.

Während neuerlich Milliarden in die Rettung von Banken und Finanzkonzernen gesteckt werden, wird die dringend notwendige Erhöhung der Familienbeihilfe, die seit 1990 nur um 11 Euro angehoben wurde, nur etappenweise in unzureichendem Ausmaß erhöht. Das ist aus Sicht der KPÖ Steiermark inakzeptabel. Statt neuer

Bankenrettungspakete fordern wir ein Soforthilfepaket für steirische Familien. Dieses umfasst folgende Forderungen an die steirische Landespolitik:

Soforthilfepaket

- Abschaffung des Regresses (Rückzahlungspflicht für Angehörige) bei Pflege und Mindestsicherung!
- Mehr Jugend-ÖV-Ticket!
- Geförderter Wohnbau!

- Wertanpassung der Wohnbeihilfe, Erhöhung des Betriebskostenanteils!
- Keine automatischen Gebührenerhöhungen
- Sofortige Streichung von Rezeptgebühren und Selbsthalten für Kinder und Jugendliche
- Abschaffung der Kindergartengebühren
- Voller Einsatz bei der Bundesregierung für eine spürbare Erhöhung der Familienbeihilfe

Auch Polizei wird zugesperrt

Klimt-Weithaler: „Im Bund wie im Land: Zusperrern, Kürzen, Drüberfahren“

Das Innenministerium macht nach, was Voves und Schützenhöfer in der Steiermark seit drei Jahren vorzeigen: Zusperrern, Kürzen, Drüberfahren. Das sagte KPÖ-Abgeordnete Claudia Klimt-Weithaler zur Schließung von 23 steirischen Polizeistationen.

Die Liste des Kahlschlags ist lang: Schulen und Krankenhausabteilungen wurden geschlossen, Servicestellen in ehemaligen Bezirksstädten und zwangsfusionierten Gemeinden weggekürzt. Und durch die Privatisierung der Post gibt es kaum noch Postfilialen, selbst Briefkästen wurden abmontiert. „Wie schon bei den Krankenhäusern bedeutet die Schließung so vieler Polizeiinspektionen nicht nur den Verlust einer Serviceeinrichtung am Wohnort, sondern

stellt auch ein erhebliches Sicherheitsrisiko dar. Bei der Polizei gehts ja hoffentlich nicht nur um Mord und Totschlag sondern um die einfachen Dinge wie etwa den Schutz von Kindern vor Autorasern“, sagt Klimt-Weithaler.

Folgende Polizeistationen werden in der Steiermark zugesperrt: Arnfels, Burgau, Gußwerk, Hieflau, Kirchdorf bei Pernegg, Oberwölz, Preding, Ramsau, Semriach, Soboth, Söchau, Spital am Semmering, Stallhofen, St. Anna am Aigen, St. Katharein an der Laming, St. Lambrecht, St. Lorenzen bei Knittelfeld, St. Marein bei Graz, St. Peter-Freienstein, St. Stefan ob Stainz, Übelbach, Unzmarkt, Wildalpen.
Weitere 10 standen auf der Wunschliste des Landes, sie bleiben vorerst.

Gute Arbeit: Gemeinsam für Gerechtigkeit im Arbeitsleben



Gemeinsam für mehr Gerechtigkeit! Bei der Wahl zum steirischen Arbeiterparlament – der Arbeiterkammerwahl vom 27. März bis 9. April tritt der Gewerkschaftliche Linksblock (GLB) erstmals gemeinsam mit der KPÖ an. KPÖ-LAbg. Werner Murgg und GLB-Arbeiterkammerrat Kurt Luttenberger präsentierten einige Punkte, die bei der Wahl zu denken geben sollten (siehe Interview umseitig).



GLB

Von Hilde
Tragler,
GLB-
Betriebs-
rätin bei
Magna

Kapitalisti- sche Lösungs- vorstellungen

In Österreich haben wir mit mehr als 360.000 Personen die höchste Arbeitslosenrate in der Zweiten Republik. Vor allem Jugendliche und Ältere sind besonders betroffen. Es herrscht massiver Lehrstellenmangel einerseits, andererseits gibt es auch für ältere Menschen kaum die vielgerühmten „altersgerechten“ Arbeitsplätze. Nach neuesten Erkenntnissen sind 87 Prozent der Beschäftigten der Meinung, dass Stress und Belastungen am Arbeitsplatz steigen.

Die kapitalfreundlichen Lösungsvorschläge der Politiker verschlimmern die Situation noch anstatt sie zu verbessern. Zum Beispiel: 12-Stunden-Arbeitstag einführen und gleichzeitig über Arbeitszeitkonten die Flexibilität der noch Beschäftigten erhöhen, für die älteren Arbeitslosen das Pensionsalter erhöhen usw.

So ganz nebenbei trägt die Bevölkerung die ganze Last der negativen Wirtschaftsentwicklung über diverse Sparprogramme, die von der Regierung verabschiedet werden. Bei allen Lösungsansätzen geht es in erster Linie um den „Kostenfaktor“ der Ware Arbeitskraft. Alle Behauptungen, dass es hier um Menschen geht, sind reine Märchen.

Gefragt wären stattdessen Beschäftigungsinitiativen, weil alles davon abhängt, dass möglichst viele Menschen in Beschäftigung stehen. Nur dadurch können alle Probleme nachhaltig bekämpft werden,

meint Ihre Hilde Tragler

(Betriebsrätin bei Magna-Steyr)

Zeit für einen Kurswechsel

AK-WAHL: GUTE ARBEIT – GLB-KPÖ WÄHLEN

Steirische Volksstimme: Die letzten Arbeiterkammerwahlen 2009 standen noch ganz im Zeichen der Krise. Hat sich daran was geändert?

Kurt Luttenberger: Nein, im Gegenteil. Die Situation hat sich noch verschlimmert. Die Krise wurde von den Herrschenden genutzt, um radikale Verschlechterungen durchzusetzen. Da gibt es unzählige Beispiele: Pensionskürzungen, sinkende Löhne, schlechtere Arbeitsbedingungen.

Auch in der Steiermark nimmt das Unrecht zu?

Ja, leider. Der radikale Abbau der Infrastruktur im Sozial-, Gesundheits- und Pflegebereich sowie die rücksichtslose Zusammenlegung vieler Gemeinden zerstören den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Zugleich wird das tägliche Leben immer teurer, die Mieten steigen...
...während die Armut zunimmt.

Es ist doch so, dass viele Menschen kaum noch von ihrem Einkommen leben können, weil auch ganztägige Arbeit heute in Folge sinkender Löh-



Kurt Luttenberger ist Spitzenkandidat der Liste GLB-KPÖ bei der Arbeiterkammerwahl von 27. März bis 9. April. Er ist Vorsitzender des Gewerkschaftlichen LinksBlocks Steiermark und Mitglied der AK-Vollversammlung. Luttenberger ist verheiratet, Vater dreier Kinder und arbeitet als sozialpädagogischer Trainer beim bfi in Graz.

ne nicht mehr vor Armut schützt. Zudem werden immer mehr Menschen in prekäre Arbeitsverhältnisse gedrängt und haben keinerlei soziale Absicherung, keinen Urlaub und keinen Pensionsanspruch. Das ist die eine Seite.

Und die andere? Wer profitiert denn davon?



Auf der anderen Seite besitzen zehn Prozent der Bevölkerung zwei Drittel des gesamten Vermögens in Österreich. Die Superreichen können sich trotz Wirtschaftskrise über einen hohen jährlichen Vermögenszuwachs freuen. Aber das ist kein Zufall, sondern Folge der derzeitigen Politik. Deshalb braucht es einen Kurswechsel. Wir sagen: Ein menschenwürdiges Leben darf kein Privileg der Reichen sein!



Jahrzehntelang kämpfte die Arbeiterbewegung für den 8-Stunden-Tag. Die antimonarchistische Revolution von 1918 konnte ihn schließlich durchsetzen. Im Programm einer SP-geführten Regierung wurde nun die Hinaufsetzung der gesetzlichen Höchstarbeitszeit auf 12 Stunden beschlossen.

Menschenwürdige Arbeit ist kein Privileg!

Das fordert der GLB-KPÖ:

- Recht auf Arbeit für alle
- Löhne und Gehälter von denen man leben kann
- Endlich die 35-Stunden Woche bei vollem Lohn
- Öffentliche Arbeitsbeschaffungsprogramme statt Leiharbeit und Prekarisierung
- Ausbildungsgarantie für die Jugend – 510 Euro Mindestlehrlingsentschädigung
- Kampf gegen Spekulation und Mietwucher
- Weg mit dem Pflegeregress

GLB-KPÖ



wähl' Liste 5

Die AK-Wahl muss ein Denkkzettel gegen Lohnkürzung, Leistungsdruck, Sozialabbau, Überwachung und Pflegeregress werden.

Bei der Arbeiterkammerwahl treten GLB und KPÖ gemeinsam an. Warum?

Wer die Arbeit der KPÖ kennt weiß: Es stehen die arbeitenden Menschen und die sozial Schwachen im Mittelpunkt und nicht die Superreichen. Die Zusammenarbeit von GLB und KPÖ ist nützlich für die Menschen. So hat beispielsweise der gemeinsame Druck bewirkt, dass die AK nun offensiv die Abschaffung des Pflegeregresses fordert.

Aber in der Arbeiterkammer sitzen ja Abgeordnete der SPÖ, vertreten die nicht die Interessen der arbeitenden Menschen?

Nein, im Gegenteil. Immer wieder erlebe ich, wie Sozialdemokraten in der AK fortschrittliche Positionen

teilen, aber dort, wo es darauf ankommt, also im Landtag, Nationalrat oder Gemeinderat stimmen sie immer brav mit der Regierung. Das ist einfach unappetitlich!

Was stört Dich noch?

Kurt Luttenberger: Der Sumpf der Freunderlwirtschaft von SPÖ und ÖVP muss endlich trockengelegt werden. Die Arbeiterkammer darf nicht die Reservebank der Regierungsparteien sein sondern muss aktiv für die Interessen ihrer Mitglieder eintreten. SPÖ, ÖVP und auch die FPÖ versprechen in der Arbeiterkammer viel, halten tun sie nichts! Das sollte bei der Wahl auf ihrem Denkkzettel stehen.

Wer eine bessere Arbeiterkammer will, muss GLB-KPÖ wählen!

AK: GLB-KPÖ WÄHLEN!

Bei der vom 27. März bis 9. April stattfindenden Arbeiterkammerwahl tritt eine gemeinsame Liste von GLB – Gewerkschaftlicher LinksBlock und KPÖ an. Spitzenkandidat ist der Grazer KPÖ-Gemeinderat, GLB-Arbeiterkammerrat und bfi-Betriebsrat Kurt Luttenberger. Auf den Listenplätzen zwei und drei folgen die Magna-Steyr-Betriebsrätin Hilde Tragler und der Donawitzer Voestalpine-Betriebsrat Uwe Süß. Information: Tel. 0660 / 1426 080

www.glb-steiermark.at

GLB **KPÖ**

MEINUNG

Von Kurt Luttenberger. Er ist Spitzenkandidat des GLB-KPÖ bei der Arbeiterkammerwahl. (ab 27.3.2014)



GLB

AK-Wahlen 2014: Alternativ wählen!

Es ist ein offenes Geheimnis, dass die alt-neue ÖVP-Bundesregierung mit einem SPÖ-Kanzler als politisches Feigenblatt ab sofort neue Kürzungen vorbereitet. Selbstverständlich nicht für Superreiche, Großunternehmer, Bankiers und Spekulanten – die werden weiter geschont. Es geht um uns – arbeitende Menschen, Jugendliche, Frauen, Pensionisten, kleine Gewerbetreibende, sozial Benachteiligte. Erschütternd, dass ÖGB- und AK-Führung dem ihre Zustimmung gegeben haben, obwohl so gut wie gar nichts aus deren Forderungsprogrammen an die neue Bundesregierung umgesetzt wird. Der Faymann'sche Ruf nach „Sozialer Gerechtigkeit“ ist seit den Wahlen wieder in der politischen Trickkiste verschwunden. In wenigen Wochen finden in der Steiermark Arbeiterkammerwahlen statt. Sie sollten eine Denkkzettel-Funktion haben. Nicht gegen AK-Fachabteilungen wie Recht, Bildung, Konsumentenschutz usw. Aber einer AK-Politik, die gegen die Interessen ihrer Mitglieder agiert, muss entgegengetreten werden.

Es geht darum, Alternativen zu suchen – und diese dann auch zu wählen. Meine große Bitte: Machen Sie mit und wählen Sie GLB-KPÖ bei der AK-Wahl!

Der Gewerkschaftliche Linksblock – KPÖ (GLB-KPÖ) kandidiert als Liste 5.

Herzlichst, Kurt Luttenberger
AK-Rat, GLB Steiermark

Arbeiterkammerwahl: Steiermark 27.3. - 9.4. 2014

Wer darf wählen? Die Arbeiterkammer (AK) ist die gesetzliche Vertretung der arbeitenden Menschen. Wahlberechtigt sind alle Beschäftigten, die Arbeiterkammerumlage zahlen. Das sind – vereinfacht gesprochen – all jene, die in der Steiermark Lohn/Gehalt beziehen (ausgenommen Beamte und öffentlich Bedienstete). Geringfügig Beschäftigte sind ebenso wahlberechtigt wie Lehrlinge oder jene, die AMS-Gelder beziehen.

Im steirischen „Arbeiterparlament“ haben Politiker der Großparteien, besonders von SPÖ und ÖVP, eine übergroße Mehrheit. Kein Wunder dass auch in der AK oft Regierungspolitik herauskommt. GLB-KPÖ ist eine in der AK-Steiermark eine aktive, kritische und gewissenhafte Stimme FÜR die arbeitenden Menschen. Der GLB-KPÖ bringt den Mut zum Widerspruch auf, der in der heutigen Arbeitswelt so nötig ist.

Briefwahl: In kleineren Betrieben werden oft keine Wahllokale eingerichtet, die Beschäftigten bekommen ihre Wahlunterlagen mit der Post im März. Wir bitten Sie, darauf zu achten und vom Stimmrecht Gebrauch zu machen.

Nebenbahnen, Postämter, Polizeiposten, Spitäler und Gemeindeämter werden „eingespart“

Infrastruktur ade

Seit Jahr und Tag das selbe Bild: während die rot-schwarzen Kahlschlag-Koalitionen behaupten alles für den ländlichen Raum zu tun, machen sie in der Realität genau das Gegenteil. Jüngstes Beispiel: die überfallsartige Schließung von über hundert Polizeidienststellen, allein in der Steiermark werden 23 Posten geschlossen.

Die Steiermark macht es vor: Kürzen, Streichen, Zusperrn

Voves und Schützenhöfer machen unter dem Jubel der Industriellenvereinigung seit 2010

vor, wie sie sich eine Sanierung der Landesfinanzen und die Entwicklung des ländlichen Raumes vorstellen: Kürzen, Streichen, Zusperrn, lautet dabei ihr Motto. Hat sich gerade die steirische



Ländliche Infrastruktur: Haltestelle der Murtalbahn

Die Wahrheit über Gemeindefusionen

KPÖ für Rücknahme von Zwangsmaßnahmen

Die im Landtag am 17. Dezember 2013 beschlossenen Zwangsfusionen hunderter steirischer Gemeinden muss rückgängig gemacht werden! Das verlangt KPÖ-LAbg. Werner Murgg, der betonte, dass die KPÖ hinter der steirischen Gemeindeinitiative steht, die gegen die undemokratischen Maßnahmen kämpft.

Der Verfassungsjurist Harald Eberhard gibt Gemeinden, die gegen eine Zwangszusammenlegung zum Höchstgericht gehen, gute Chancen. Die Gemeinden müssen damit aber warten, bis das Fusionsgesetz kundgemacht worden ist. Murgg: „Die so genannte ‚Gemeindestrukturreform‘ hat nur einen Zweck, nämlich einen radikalen Abbau von Arbeitsplätzen und Infrastruktur im ländlichen Raum. Dadurch verschärfen die selbst ernannten Reformpartner die immer größer werdenden Probleme in der Steiermark.“

Die Erfahrungen in der Gemeinde Trofaiach, wo die Fusion mit den Nachbargemeinden Gai und Hafning bereits im Vorjahr erfolgt ist, sind äußerst negativ. Mit falschen Versprechungen und teilweise auch Lügen, mit Märchen von ‚Umschichtungen‘ und ‚Synergieeffekten‘ wurden die Ge-

meinden geködert. In Wirklichkeit ist damit gemeint, dass Schulen, Kindergärten und Servicestellen zugesperrt werden und die Gebühren auf das jeweils höchste Niveau angehoben werden. Das wird den Menschen vorher nicht gesagt.

Durch die Zerstörungswut von Voves und Schützenhöfer, die auch vor Schulen nicht haltmacht, werden viele Steirer ihre Heimatgemeinden verlassen und versuchen, sich in den Ballungszentren anzusiedeln. Das wird die Wohnkosten in die Höhe treiben, da die Landesregierung versäumt hat, für erschwinglichen Wohnraum zu sorgen.

„Wegen dieser Politik befindet sich die Steiermark in einer Abwärtsspirale. Es wird nicht reichen, die Akteure abzuwählen. Viele Maßnahmen müssen rückgängig gemacht werden, dafür setzt sich die KPÖ ein“, betont Murgg.

Volkspartei bis vor einigen Jahren als Garant für den Erhalt eines lebenswerten Umfeldes im ländlichen Raum verstanden, hat sich die Schützenhöfer-ÖVP spätestens mit den Zwangsfusionen steirischer Gemeinden und der damit einhergehenden Infrastrukturvernichtung zum Gott-Sei-Bei-Uns der Landbevölkerung gewandelt.

Zur Erinnerung: Voves und Schützenhöfer und ihre Handlanger haben zig Spitalsabteilungen außerhalb von Graz und ganze Spitäler, wie Hörgas-Enzenbach, zugesperrt. Zahlreiche Schulen wurden geschlossen, weitere werden folgen. Den Kindern werden weite Schulwege zugemutet.

Die Zwangsfusion der Gemeinden wird dort zu massenweisem Zusperrn kommunaler Infrastruktur führen: Gemeindeämter, Bauhöfe, Kindergärten, Abfallwirtschaftszentren sind von der Schließung bedroht. Wie sonst will man das Budget jährlich um 40 bis 50 Millionen kürzen? Ein Teil soll durch den Verkauf kommunaler Immobilien hereinkommen.

Im obersteirischen Trofaiach,

die Gemeinde wurde bereits mit 1. Jänner 2013 mit Gai und Hafning fusioniert, kann man den Abbau der kommunalen Infrastruktur bereits studieren.

Bund und Land setzen EU-Vorgaben um

Meist hat das Zusperrn von Infrastruktur mit den Vorgaben der EU zu tun. Durch die Liberalisierung der Postdienste und die Zerschlagung der staatlichen

Postmonopole hat man die Post gezwungen mit privaten Zustellern, welche ihren Beschäftigten Hungerlöhne zahlen, in unmittelbare Konkurrenz zu treten. Die Leidtragenden sind die Kunden, denen immer mehr Postämter vor der Nase zugesperrt werden und die Postler: Letztere büßen die Liberalisierung mit mehr Arbeit bei weniger Lohn.

Auch bei der Bahn wird zugesperrt. Vor allem die Nebenbahnen sind bedroht. Die ÖBB wollen diese Strecken nur mehr betreiben, wenn Bund oder Länder die Abgänge zahlen. Dem stehen aber diverse Vorgaben aus Brüssel im Weg.

*Es wird nicht reichen, die Akteure abzuwählen. Viele Maßnahmen müssen rückgängig gemacht werden.
KPÖ-LAbg. Werner Murgg*





Unsere Gemeinde Unsere Heimat

Kahlschlag-Koalition.
Die Steiermark wird auf
den Kopf gestellt

© Jürgen Priebe / Fotolia.com

Tagung der steirischen Gemeindeinitiative Gang zum Verfassungsgericht wegen Zwangsfusionen

Über 120 Gemeindevertreter sowie Vertreter von Bürgerinitiativen haben sich vor kurzem in Hart bei Graz zu einer Klausurtagung getroffen.

Bei der Tagung wurde unter anderem der Entwurf eines Rechtsgutachtens zur zwangswweisen Zusammenlegung von Gemeinden vorgestellt und ausführlich diskutiert. Dabei hat sich

herauskristallisiert, dass viele von der Zwangsfusion bedrohten Gemeinden unter Zuhilfenahme dieses Gutachtens den Weg zum Verfassungsgerichtshof gehen werden und Beschwerde gegen das beschlossene Gemeindestrukturreformgesetz erheben wollen.

Die Gemeindeinitiative wird gemeinsam mit den Gemeinden rechtliche Hilfestellung erarbeiten.



Gastkommentar von Ingrid Harrer, Weiz

Monsanto unter falscher Flagge

Der Saat- und Genpflanzkonzern Monsanto muss wohl gemerkt haben, dass sein Name gerade in Europa nicht gut ankommt. Deshalb verkauft er Saatgut nun unter falschem Namen an ahnungslose Gemüsegärtner. Dazu verwendet er den Namen von Firmen, die er zuvor geschluckt, also aufgekauft hat.

So vertreibt der Genkonzern Saatgut für Gurken, Tomaten und Salate unter dem Namen seiner Tochterfirma „De Ruiters Seeds“. Auch die Namen der Firmen „Semenis“ und „Kiepenkerl“ missbraucht er auf diesem Wege.

Die Verbraucherschützerin Heike Moldenhauer: „Würde Monsanto draufstehen, wo Monsanto drin ist, wäre das das Antiverkaufsargument schlechthin“.

Wie können Gemüsegärtner dem Weltkonzern aber entgegenkommen?

Ich erlaube mir, auf die Homepage der Arche Noah zu verweisen, wo man die Möglichkeit hat, gentechnikfreies Saatgut zu erwerben: <https://www.arche-noah.at/>



Der Weizer KPÖ-Gemeinderat Wolfgang Feigl sorgt als Obmann des Prüfungsausschusses für Kontrolle in der Stadt. Für Fragen und Anliegen erreichen Sie ihn unter Tel. 0664 / 49 40 949.

SERVICE der KPÖ: Rechnen Sie Ihre Ansprüche nach!
INFO TEL. 0316 / 875 5101

www.mindestsicherungsrechner.at

KPÖ

zuhören. helfen.

Claudia Klimt-Weithaler



Weiz, Gleisdorf, Feldbach

Was uns ein- und auffällt...

... dass die **Uraltdeponie der Gerberei** von Leder Schmidt in Weiz endlich saniert wird. Wie gefährlich diese Altlast ist, sieht man daran, dass die Straße immer wieder abgesunken ist. KPÖ-Gemeinderat Wolfgang Feigl (Weiz) hat sich schon in früheren Jahren massiv dafür eingesetzt, diesen Schandfleck zu beseitigen.

versiegeln lässt. Nach anfänglichem Widerstand der Brunnenbesitzer konnten bisher 190 Anlagen dicht gemacht werden. Ein Grund dafür ist die Förderung. Der Eingriff kostet durchschnittlich 2000 Euro. 55 Prozent zahlt das Land, 15 Prozent der Bund, den Rest sollte in der Regel die Gemeinde übernehmen.

... dass im Dezember das Richtfest für das **Haus des Kindes** in Gleisdorf gefeiert werden konnte.

...dass der Zigarettenautomat vor dem **Schulzentrum Feldbach** allgemein kritisiert wird.

... dass die Gemeindefusion in Gleisdorf jetzt zu einer Tatsache geworden ist. Die KPÖ wird alles versuchen, damit es in keinem Ortsteil zu einer **Schlechterstellung** der Bevölkerung kommt.

...dass es in der **Gleichenbergerstraße in Feldbach** es ausgehend von der ehemaligen Trafik Tschmuck bis zur Ortsgrenze Mühldorf auf einer Länge von gut 1 km weder einen Schutzweg, bzw. eine Radfahrüberfahrt gibt. Das Queren der Straße ist so meist eine langwierige Geschichte (und für ältere Leute gefährlich).

...dass das **alte Perlhaus** (Drogerie Blumauer) in Gleisdorf abgerissen worden ist. Es war mehr als 100 Jahre alt und musste dem Verkehr weichen.

...dass der neue Fahrplan auf der **Gleichenbergerbahn** einige Veränderungen gebracht hat, die nicht alle positiv sind. So wird das letzte Zugpaar am Samstag in der Zeit von April bis Oktober ersatzlos gestrichen.



... dass das Land die **artesischen Brunnen** in der Region für Notfälle

Steirische Musikschulen in Gefahr



Ein Erfolgsmodell wird durch bürokratische Schikanen ruiniert.

Seit Beginn des Schuljahres 2012/2013 besteht ein Kooperationsverbot zwischen steirischen Musik- und Pflichtschulen. Unterricht von Musikpädagogen, bisher eine Selbstverständlichkeit in vielen Pflichtschulen wird plötzlich nicht mehr als förderwürdig eingestuft.

KPÖ-Landtagsabgeordnete Klimt-Weithaler: „Die Kooperation von Musikschulen und Pflicht-

schulen hat sich bestens bewährt. In anderen Bundesländern ist dieses Modell äußerst erfolgreich. Leider zieht es die Landesregierung vor, mit bürokratischen Schikanen und finanziellen Hürden das steirische Musikschulwesen zu ruinieren.“

Die Förderrichtlinien für Musikschulen wurden zuletzt immer restriktiver, Planungssicherheit über die laufende Förderperiode hinaus ist für die Gemeinden nicht mehr möglich. Das Kooperationsverbot richtet großen Schaden an.

Gleisdorf muss Rücklagen auflösen

Das letzte Budget der „alten“ Gemeinde Gleisdorf vor der Fusion 2015 ist im Dezember beschlossen worden. Und es konnte nur deshalb ausgeglichen gehalten werden, weil Rücklagen aufgelöst worden sind. Die Einnahmen und Ausgaben im ordentlichen Haushalt betragen 2014 rund 17,2 Millionen Euro. Der außerordentliche Haushalt von 6,7 Millionen Euro wird

durch Rücklagenentnahme und Wertpapierverkauf bedeckt. Der Verschuldungsgrad liegt inklusive Leasing bei 11,1 Prozent.



ZVP Zentralverband der Pensionisten
SPRECHSTUNDEN
 Mo. bis Fr. von 10 bis 12 Uhr
 Lagergasse 98a, 8020 Graz
 E-Mail: zentralverband@gmx.at
0316/71 24 80 Voranmeldung erbeten.
 Wir helfen bei: ● Anträgen auf **Pflegegeld** ● Antrag auf „einmalige Unterstützung“ ● **Pensionsanträgen** wie Alterspension, Invaliditäts- und Berufsunfähigkeitspension, Hinterbliebenenpension wie Abfertigung und Abfindung ● anderen Problemen
Jeden Donnerstag gemütlicher Nachmittag im Volkshaus-Karl Drews Klub, Lagergasse 98a

BUWOG kauft und verkauft

Die frühere Bundeswohnungsgesellschaft BUWOG ist von ÖVP und FP privatisiert worden. Manche korrupte Begleitumstände dieses Geschäfts, sind im vergangenen Jahr bekannt geworden, die Verantwortlichen wurden gerichtlich abgeurteilt. Jetzt will diese Firma in Deutschland expandieren und dort Wohnungsgesellschaften aufkaufen. Der Grund: In Deutschland ist der Mieterschutz weniger stark als in Österreich. Dort ist es leichter, bestehende Mieten zu erhöhen und Bewohner zu kündigen.

Wahrscheinlich ist die Finanzierung dieser Geschäfte der Grund dafür, dass sich die Buwog von Liegenschaften in Österreich trennt. So wurde ein Haus in Feldbach an die BK Eigentümergemeinschaft GmbH. & Co KG in Krottendorf - Gaisfeld (nähe Voitsberg) verkauft.

Für die Mieter ändert sich zunächst nichts, da in bestehende Mietverträge nicht eingegriffen werden darf. Man muss aber wachsam bleiben.

Diese Transaktionen sind eine Folge der Privatisierung der Bundeswohnungen. Öffentliches Eigentum wurde auf den Markt geworfen. Deshalb hat die KPÖ diesen Ausverkauf strikt abgelehnt.

Übrigens: SPÖ und ÖVP in der Steiermark denken derzeit intensiv über den Verkauf der Landeswohnungen nach.

Teures Wohnen: Wir brauchen mehr als Worte

Leistbares Wohnen ist ein Gebot der Stunde. Das hat jetzt auch die SPÖ-Vizebürgermeisterin von Gleisdorf, Christa Lang, erkannt. Artikel in der Gemeindezeitung rechen aber nicht aus, um eine Kursänderung herbeizuführen. Wir brauchen mehr als Worte und vor allem mehr Druck auf die Bundesregierung, meint KPÖ-Sprecherin Herlinde Gindlhuber.

So ist es unverantwortlich, dass man die Wiedereinführung der Zweckwidmung für die Wohnbauförderungsmittel um drei Jahre aufgeschoben hat. Die Wohnungs-



KPÖ-Oststeiermark Sprecherin Herlinde Gindlhuber.

not wartet aber nicht bis 2017. Die KPÖ-Politikerin erinnerte daran, dass es im Frühjahr 2013 fast im Stundentakt Aussagen von Spitzenpolitikern von SPÖ und ÖVP gegeben hatte, welche die rasche Wiedereinführung dieser Zweckwidmung als ein Mittel gegen die Wohnungsnot gefordert hatten. Der Wahlkampf ist vorbei, die Versprechen werden gebrochen. Und allen arbeitenden Menschen wird weiterhin der Wohnbauförderungsbeitrag vom Lohn abgezogen, dieses Geld verschwindet aber irgendwo in den Budgets der Länder.



Bahnhof Lassnitzthal Zeichen und Wunder

Im Zuge der Verbesserung der Eisenbahnverbindung sagte die ÖBB der Gemeinde die Errichtung eines Fußgängerübergangs bei der Haltestelle zu. Weil ein Beamter in Pension gegangen war und sein Nachfolger keine Unterschrift unter den Akt leistete, konnte der fertige Übergang drei Jahre lang nicht benutzt werden. Die Menschen mussten einen Umweg von über einem Kilometer in Kauf nehmen.

Es geschehen aber Zeichen und Wunder:

Nach drei Jahren mühsamer Bemühungen auch seitens der Gemeinde, ist es gelungen, den Übergang zu genehmigen. Das lästige Absperrgitter wurde endlich abmontiert.

Der Bauernbund und die Bauern



Wahre Lobeshymnen hat man beim Bauernbund und bei der ÖVP beim Wechsel von LK-Präsident Wlodkowski zu seinem Nachfolger angestimmt.

Ich habe da eine andere Meinung. Die Politik der Spitzenvertreter des Bauernbundes ist gut für Raiffeisen, die kleinen Bauern haben es aber Jahr für Jahr immer schwerer. Es ist nicht gut, wenn alles in der Hand einer Partei ist.

Bei dieser Politik setzt sich immer wieder die Agrarindustrie durch. Und die EU bestimmt, wie die Bauern bei uns wirtschaften müssen.

Jürgen Höfler, KPÖ-Gemeinderat in Schönegg im Pollautal



Wir treffen uns in
GLEISDORF

Termin:

Freitag, 21. Februar
19 Uhr

Im Laurenzi-Bräu
Hauptplatz 3, Gleisdorf

Wir treffen uns in
FELDBACH

Do. 20. Februar, 19 Uhr
Lo Scoglio, Feldbach

Alle Leute, die sich für die Anliegen der KPÖ interessieren sind herzlich eingeladen



Foto: BUWOG

Kahlschlag-Koalition: Eine Schmierenkomödie

Die vorgetäuschte Empörung über die neue Bundesregierung in den Reihen der steirischen SPÖ und ÖVP gehört zu den billigsten Inszenierungen seit Beginn der rot-schwarzen Kahlschlag-Koalition, die sich selbst „Reformpartnerschaft“ nennt. Mit großem Theaterdonner legte Landeshauptmann Voves die Funktion des stellvertretenden Bundesparteivorsitzenden zurück. Die steirische Volkspartei droht mit Abspaltung und kündigt an, steirische Nationalratsabgeordnete könnten gegen die Linie der Bundespartei stimmen. Dieser für die den „Reformpartnern“ nahestehenden Medien inszenierte Theaterdonner hat nicht im Geringsten mit einer Unzufriedenheit mit dem Koalitionsabkommen auf Bundesebene zu tun – dieses unterscheidet sich kaum von jenem Übereinkommen, mit dem sich Voves und Schützenhöfer aneinander gekettet haben.

Er dient einzig der Ablenkung von jenem Chaos, das beide über die Steiermark gebracht haben. In keinem anderen Bundesland ist die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Landesregierung so groß. Ob im Gesundheitswesen, in der Pflege, in der Bildungspolitik, bei den Gemeindefusionen: Am Ende des dritten Jahres ihrer gemeinsamen Herrschaft haben sich Voves und Schützenhöfer in eine Sackgasse manövriert. Die Wählerinnen und Wähler laufen in Scharen davon, die eigene Parteibasis rebelliert offen gegen die undemokratischen Zwangsmaß-

nahmen, und das erklärte Ziel, die Schuldenlast zu reduzieren, ist in unerreichbare Ferne gerückt. Nichts kommt in dieser Situation so gelegen wie ein gemeinsamer Feind: die eigene Bundespartei. Um sich selbst zu erhöhen, machen Voves und Schützenhöfer ihre eigenen Parteifreunde nieder. Dafür muss der ORF keine Sonder-sendung ins Programm nehmen, um die beiden im Hauptabendprogramm zu präsentieren. Selbstverständlich ist das Ergebnis der endlosen Koalitionsverhandlungen im Bund erbärmlich. Die Belastung der Bevölkerung

wird ungebremst fortgesetzt, das Pensionsalter erhöht, öffentliches Eigentum privatisiert. Die Wissenschaft wird auf Regierungsebene zu einem Anhängsel der Konzerne degradiert. All das entspricht dem Geist der steirischen „Reformpartnerschaft“. Weder die steirische SP noch die steirische VP werden sich, wenn es darauf ankommt, von ihren Bundesparteien abspalten. Ihre Abgeordneten werden auf Linie bleiben, solange sich die neue Regierung im Amt hält. Die zur Schau gestellte Empörung ist nichts anderes als eine billige Schmierenkomödie.



Die überparteiliche „Steirische Gemeindeinitiative“

wehrt sich gegen Drüberfahren und Zwangsfusionen bei den steirischen Gemeinden.



www.gemeindeinitiative.at/

Lehrerdienstrecht: Neuverhandlung notwendig

Im Dezember 2013 wurde das neue Lehrerdienstrecht vom Nationalrat beschlossen. 1.700 negative Stellungnahmen wurden dabei übergeben, etwa die des

Steiermärkischen Landesschulrats. Deshalb brachte die KPÖ das Thema vor den Bildungsausschuss des Landtags.

KPÖ-Landtagsabgeordnete

Claudia Klimt-Weithaler setzte sich für eine Neuverhandlung der strittigen Punkte ein. SPÖ, ÖVP und die FPÖ lehnten ab.

Klimt-Weithaler: „Was nützt es, wenn prominente steirische Vertreter der im Nationalrat vertretenen Parteien zwar medienwirksam über die verfehlte Bildungspolitik jammern, dann aber nicht bereit sind, auch konkrete Schritte zu unternehmen?“ Mit dem neuen Dienstrecht wird eine „Sparmaßnahme“ im Bildungsbereich umgesetzt, die keinerlei positive Auswirkungen auf das Schulsystem hat. Die Bildungsausgaben in Österreich wurden seit

1995 kontinuierlich von 4,2% auf 3,6% des BIP zurückgefahren. Das durchschnittliche Lehrergehalt liegt in Österreich deutlich unter dem OECD-Schnitt, obwohl Lehrer vier Stunden pro Woche länger arbeiten als im OECD-Schnitt.

„Für Lehrer bedeutet das neue Dienstrecht bis zu 40%-Mehrarbeit bei deutlich weniger Gehalt. Das ist offenbar alles, was der Bundesregierung zum Zukunft unseres Bildungssystems einfällt. Und in gewohnter Manier verweigern die steirischen Regierungsparteien die Diskussion über dieses wichtige Zukunftsthema“, so Klimt-Weithaler.



Allein leben mit Unterstützung

Psychisch Erkrankte nicht im Stich lassen!

Wenn es schwer fällt, über den Tag zu kommen, wenn jeder Schritt vor die Tür Angst macht, stecken oft psychische Probleme dahinter. Die Mobile Sozialpsychiatrische Betreuung kann helfen – doch der Sparstift droht mühsam Erreichtes zu zerstören.

Eine psychische Erkrankung macht das Leben der Betroffenen beschwerlich. Besonders nach einem Aufenthalt in der Psychiatrie fällt das Zurückfinden in den Alltag oft schwer. Doch es gibt Hilfe: Die Mobile Sozialpsychiatrische Betreuung bietet mit speziell geschulten Menschen Unterstützung. Sie kommen nach Hause, helfen bei Arzt- und Behördengängen, beim Regeln von persönlichen Angelegenheiten oder sind einfach da zum Reden.

Steiermark „massiv unterversorgt“

Neben anderen Organisationen bietet alpha nova Mobile Sozialpsychiatrische Betreuung (MSB) an. „Ziel dieser Betreuungsform ist es, den Betroffenen ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen und stationäre Aufenthalte weitgehend zu vermeiden. Und das gelingt uns sehr gut“, erzählt Gerhard Zückert von alpha nova. „Von den 59 Klienten, die alpha nova seit 2011 betreut, hatten 15 – also rund einem Viertel – seit sie von der MSB betreut werden, keinen stationären Aufenthalt mehr, bei weiteren 13 – das sind 22 % – konnte die Anzahl der Aufenthalte teilweise sehr stark gesenkt werden.“ Was den Betroffenen gut tut, hilft aber auch den Steuerzahler/innen, weil stationäre Aufenthalte besonders teuer sind.

Es wäre also sinnvoll, die Mobile Sozialpsychiatrische Betreuung auszubauen. Doch erschreckenderweise geschieht gerade das Gegenteil.

Denn obwohl die Steiermark laut Sozialbericht der Steiermärkischen Landesregierung 2011/2012 mit sozialpsychiatrischen Dienstleistungen „massiv unterversorgt“ (Zitat) ist und die Gesamtversorgungsquote sogar nur 26 % beträgt, soll alpha nova die Betreuung nur noch bis Ende Juli anbieten dürfen.

Monatelang warten

Ursache dafür seien die hohen Kosten, die alpha nova verrechnet, hieß es anfangs seitens des zuständigen Landesrates Schrittwieser. Dieses Argument war aber schnell widerlegt, da für alle Träger der gleiche Stundensatz laut Leistungsverordnung des Landes bezahlt wird. Die Stundenanzahl wird per Bescheid bestimmt. Wahrscheinlicher ist da schon die Vermutung, dass durch eine Einschränkung des Angebotes und/oder der Qualität die Gesamtkosten gedrückt werden sollen.

Denn wer aus der Betreuung herausfällt, muss mit monatelangen Wartezeiten rechnen, bis er oder sie in einer anderen Einrichtung unterkommt. Laut Ursula Kahr vom Verein HPE (Hilfe für Angehörige psychisch Erkrankter) ist die Kündigung der MSB bei alpha nova für alle Beteiligten ein Schock. „Gerade in



diesem Bereich ist eine Kontinuität für die Menschen besonders wichtig. Doch zur Wartezeit auf einen neuen Betreuungsplatz von bis zu einem Jahr kommt noch die Umstellung auf eine andere Bezugsperson, was ebenfalls sehr belastend ist“.

Betroffene kämpfen um Erhalt

Die Betroffenen sind verunsichert und haben Angst. „In die Klinik will ich nicht mehr“ sagt einer von ihnen. Betroffenen Klienten und Angehörige haben daher gemeinsam mobil gemacht und die Initiative „Wir machen Wind!“ ins Leben gerufen (Facebook: wir.machen.wind). Im November hat die Initiative gemeinsam mit der Plattform 25 eine

Mahnwache für den Fortbestand der Mobilen Sozialpsychiatrischen Betreuung abgehalten.

„Bei alpha nova geht es nicht nur um die Zukunft von 59 Klienten, sondern auch um jene von 21 Beschäftigten, die ihren Arbeitsplatz zu verlieren drohen“, sagt Gerhard Zückert, der auch Betriebsratsvorsitzender bei alpha nova ist. In Gesprächen zwischen der Geschäftsführung von alpha nova und Soziallandesrat Schrittwieser soll eine Rücknahme der Vertragskündigung erreicht werden. Im Interesse aller psychisch Erkrankten muss es ein Ziel sein, dass nicht nur alpha nova weiter MSB anbieten darf, sondern dass diese Betreuungsform insgesamt weiter ausgebaut wird.



Kündigung der-alpha-nova Leistungen: Angehörige sind geschockt.

Wir ziehen nicht in euren Weltkrieg

EU bombardiert unsere Neutralität

Je stärker die Zentralisierung der EU fortschreitet desto mehr wird sie eine aggressive Militärmacht. Als neutrales Land dürfte Österreich gar nicht Mitglied der EU sein.



Foto Bundesheer, Grebien 2012

Bundesheerhilfe bei der Schlammkatastrophe 2012 in Treglwang. Anfang des Jahres 2013 stimmte eine große Mehrheit der Österreicher für Bundesheer und Zivildienst und damit für Eigenständigkeit. Trotzdem treibt die Regierung den Anschluss an EU-Militärstrukturen voran.

Kapitalistische Krisen bergen die Gefahr von Weltkriegen in sich. Das zeigt sich auch bei der neuen Supermacht EU: Zentralisierung des Militärs auf europäischer Ebene, Einsätze in Asien und Afrika, der Ruf nach Militärdrohnen, das alles müsste die Alarmglocken schrillen lassen. Österreich bleibt neutral, kein Mensch darf für „europäische Interessen“ geopfert werden.

Das Euro-Geldsystem ist ein Gewaltssystem zur Durchsetzung imperialistischer Interessen der Banken und Konzerne. Sie wälzen die kapitalistische Krise auf die arbeitenden Menschen ab. Soziale Errungenschaften werden abgebaut, selbst Schlagworte wie „Soziale Marktwirtschaft“ spielen im EU-Raubtierkapitalismus keine Rolle mehr.

Viele europäische Länder verlieren unter dem Druck des Euro-Finanzregimes ihre Selbstbestimmung. Es ist höchste Zeit, aus der EU zu desertieren und dafür zu sorgen, dass die Neutralität Österreichs verteidigt wird.

TAFTA: Das Transatlantische Freihandelsabkommen von EU und USA beinhaltet folgende Zielsetzungen: Ausschaltung des Einflusses demokratisch gewählter Parlamente auf Gesundheitswesen, Arzneimittelpreise, Grenzwerte toxischer Belastung, Datenschutz, Energieversorgung und kulturelle Dienstleistungen, Patente und Urheberrechte, die Nutzung von Umwelt und Rohstoffen. Da TAFTA- und NATO-Staaten weitgehend identisch sind, würde zu einer noch engeren Verbindung zwischen Rüstungsindustrie und Politik führen.

Von Eisenerz nach Sotschi



Foto NAZ Eisenerz

Die Schanze des Nordischen Ausbildungszentrums Eisenerz. Das NAZ Eisenerz ermöglicht jungen Wintersportlern Berufsausbildung und Training. Der Vierschanzturneengewinner und Medaillenhoffnung für Sotschi, Thomas Diethard, wurde in Eisenerz ausgebildet. Wir wünschen unseren Wintersportlern in Sotschi viel Erfolg!

Notruf 0316/877 5102

Helfen statt reden. Mit Rat und Tat!

KPÖ wirkt!

Wir beraten Sie gerne. Tel. Anmeldung erbeten. Graz, Landhaus

Die EU kommt uns zu teuer!

Helfen statt reden! **KPÖ**

„Single European Sky“ stoppen!

LABg. Murgg (KPÖ): Solidarität mit streikenden Fluglotsen – zentralisierte Luftraumüberwachung ist verfassungswidrig

Bis 2018 will die EU ihren Mitgliedsstaaten eine zentralisierte, private Luftraumüberwachung aufzwingen. Dieses Projekt unter dem Titel „Single European Sky“ (SES) wird propagandistisch mit der Aussicht auf billigere Flugtickets angepriesen. Tatsächlich geht es einerseits um die Privatisierung der Luftraumüberwachung und andererseits um die schleichende Aushöhlung der Souveränität der EU-Staaten.

Eine Privatisierung und die damit zweifellos einhergehende Verschlechterung der Arbeitsbedingungen der Fluglotsen darf nicht hingenommen werden. Auch in Österreich werden Betriebsversammlungen abgehalten.

Werner Murgg: „Eine Privatisierung und Zentralisierung der Luftraumüberwachung dient vor allem den militärischen Zielen der EU. Die KPÖ lehnt diese Maßnahme strikt ab, sie ist mit der Neutralität, dem Staatsvertrag und der österreichischen Verfassung nicht vereinbar.“

Das EU-Parlament hat wenig Rechte und kostet sehr viel Geld

Die Versammlung im Schatten

Am 25. Mai findet die Wahl zum EU-Parlament statt. Österreich entsendet 18 von 751 Abgeordneten. In diesem Wahlkampf wird das Wichtigste verschwiegen: Diese Versammlung im Schatten hat nicht alle Rechte einer vollwertigen Volksvertretung.

Im Wahlkampf hört man es anders. Da wollen die einen Europa verändern oder stärken, die anderen wollen es sozialer machen, die dritten wollen weniger Europa, die vierten sind glühende Europäer und so weiter und so fort.

Dabei wird das Wichtigste verschwiegen: Über die Themen, die hier hochgespielt werden, entscheidet nicht das EU-Parlament, son-

dern die EU-Kommission oder der EU-Rat, der von den Regierungen der Mitgliedsstaaten entsandt wird. Und hinter diesen Institutionen steht die wirkliche Macht: Banken und Konzerne, die bestimmen, was in Brüssel geschieht.

In der Eurokrise hat man das ganz deutlich gesehen: Die deutsche Bundeskanzlerin Merkel hat manchmal in einer Nacht-und-Nebel-Aktion gravierende Einschnitte durchgesetzt, die alle Menschen in der EU betroffen haben, ohne dass das Parlament auch nur befragt worden wäre.

Auch die Beschlüsse zur Militarisierung der EU und zur stärkeren Aufrüstung fallen ohne Mitwirkung des EU-Parlaments. Das ist kein Konstruktionsfehler, sondern von den Mächtigen so gewollt.

Ob die eine oder die andere

politische Gruppe ein paar Mandate mehr oder weniger in dieser Schattenversammlung hat, ist von sehr geringer Bedeutung für die weitere Entwicklung der EU. Viel wichtiger sind die Massenproteste in den einzelnen Mitgliedsstaaten und die dortigen politischen Kräfteverhältnisse.

Teures EU-Parlament

Das Parlament ist teuer. Die Abgeordneten des EU-Parlaments verdienen mehr als österreichische Nationalratsabgeordnete, sie haben sehr hohe Spesenbudgets und eine ausgesprochen günstige Pensionsregelung. Zwei Milliarden Euro aus Steuergeldern werden Jahr für Jahr für eine nicht vollwertige Volksvertretung ausgegeben. Dazu kommen noch die Fördermillionen für die EU-Parteien und ihre Bildungseinrichtungen.

Auf Druck von Frankreich tagt das Parlament an zwei Orten: In Straßburg und in Brüssel.

Allein diese Kosten betragen 155 Millionen Euro im Jahr. Die Reisekosten werden in einem Bericht des EU-Parlaments aktuell (2013) auf etwa 200 Millionen Euro geschätzt, was etwa 10 Prozent des Gesamtbudgets des Parlaments entspricht. Es werden 5.000 Personen monatlich transportiert, sowie allein acht LKWs mit Akten. Obwohl das Gebäude in Straßburg nur 42 Tage im Jahr genutzt wird, muss es das ganze Jahr über beheizt werden.

Es nützt nichts, dass sich das Parlament in einem medienwirksamen Beschluss knapp vor der Wahl gegen diese Pendelei ausgesprochen hat. Die Entscheidung darüber haben die Regierungen – und Frankreich

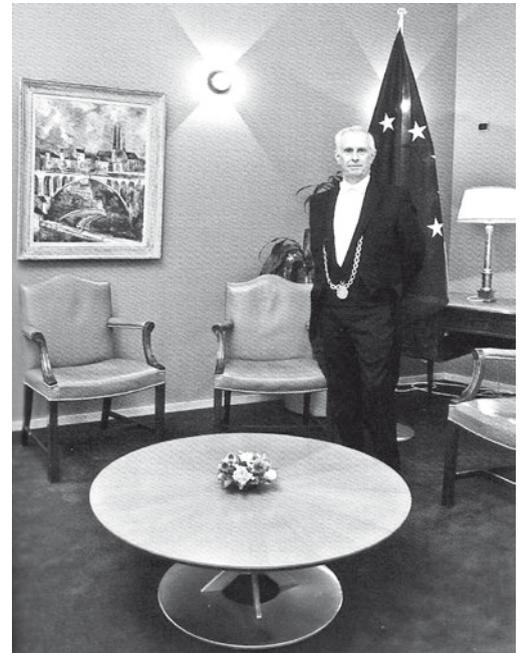


Foto aus dem Buch „offstage“ des unabhängigen EU-Parlamentariers Martin Ehrenhauser. Es kann unter www.ehrenhauser.at kostenlos bezogen werden.

hat schon angekündigt, dagegen sein Veto einzulegen.

Viele Menschen bei uns haben erkannt, dass die EU-Wahl nichts verändert. Die Beteiligung ist in Österreich 2009 weit unter 50 Prozent gefallen und auch im Jahr 2014 kündigt sich eine sehr niedrige Wahlbeteiligung an. Dabei zeigt sich in fast allen Staaten, dass die Menschen diese Wahl zur Abrechnung mit der eigenen Regierung nutzen.

Der Unmut über SPÖ und ÖVP ist so groß, dass dies auch in Österreich der Fall sein könnte.

Wohnbauförderung: Gegen EU-Einmischung

Die EU-Wettbewerbsbehörde hat aufgrund von Investorenklagen gegen Staaten wie Schweden, Frankreich und die Niederlande entschieden, dass geförderter Wohnbau nicht mehr zugelassen sein soll.



Die Grazer Wohnungsrätin Elke Kahr gegen EU-Einmischung beim Wohnbau.

leistbares Wohnen für alle Menschen zu garantieren, ist Aufgabe sozialer Politik“, heißt es darin. „Geförderter Wohnbau muss daher für breite Schichten der Bevölkerung weiterhin zugänglich sein. Eine Einengung auf ausschließlich einkommensschwache Gruppen wird abgelehnt, da sie zu sozialer Segregation führen würde“, betonen die Bürgermeister.

Der Grazer Gemeinderat schloss sich diesem Protest der Städte auf Initiative von KPÖ-Wohnungsrätin Elke Kahr an.

Die EU verlangte daraufhin in mehreren Fällen eine Senkung der Einkommensgrenzen für geförderte Wohnungen. „Setzt sich dieser Kurs durch, wäre es das Ende des Sozialen Wohnbaus“, warnt Wohnungsrätin Elke Kahr.

27 europäische Städte – unter ihnen Wien, Berlin, Paris, Amsterdam und Barcelona – haben eine Resolution an die Europäische Kommission gerichtet, um sich gegen die Einmischung der EU in die Wohnbaupolitik der Nationalstaaten zur Wehr zu setzen: „Qualitätsvolles und

Raus aus der EU!
Solidarstat statt EU-Konkurrenzregime!



www.solidarwerkstatt.at

Plakat, Aufkleber bitte bestellen bei:
www.solidarwerkstatt.at

Spielautomaten: „Abschalten statt legalisieren!“

Klimt-Weithaler (KPÖ) warnt vor weiterer Zunahme von Spielautomaten

In keinem anderen Bundesland gibt es eine so hohe Dichte an Glücksspielautomaten wie in der Steiermark. Offiziell sind es an die 3200 Geräte, und mit der von LH Voves und Stv. Schützenhöfer ausgepackelten Vergabe von Lizenzen an die Glücksspielindustrie sollen noch 1000 dazukommen. Das ist die höchste zulässige Zahl.

Die nach dem alten Gesetz zugelassenen Geräte dürften in der Steiermark nach dem 31.12.2015 nicht mehr betrieben werden. Ein Vorstoß der Bundesregierung stellt dies nun in Frage: Gegen illegale Automaten sollen künftig nicht mehr die Gerichte vorgehen können, sondern nur noch die Verwaltungsbehörden.

KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler: „Mit dieser äußerst bedenklichen Maßnahme wird das Strafrecht ausgehebelt und dem illegalen Glücksspiel Tür und Tor geöffnet. Die Gewinne sind vielerorts so hoch, dass die Betreiber illegaler Automaten in Kauf nehmen würden, hin und wieder

Strafe zu zahlen. Früher konnten sie nach mehreren Verstößen auch ins Gefängnis kommen. Jetzt kann sich jeder mit einer Geldbuße aus der Affäre ziehen und braucht keine weiteren Konsequenzen zu fürchten.“

Anstatt der Geschäftemachelei einen Riegel vorzuschieben, schöpft die Landesregierung ihren gesetzlichen Spielraum voll aus, um die größtmögliche Zahl von Spielautomaten ins Land zu holen. Mit der Entkriminalisierung illegaler Automaten wird die Steiermark einen Mix aus legalem und illegalem Glücksspiel bekommen.

Klimt-Weithaler: „Das Argument von Voves und Schützenhöfer, das Land müsse legale Automaten zulassen, um das illegale Glücksspiel zu verhindern, wird dadurch vollkommen unglaubwürdig. Es gibt nur einen einzigen verantwortungsvollen Umgang mit dem Kleinen Glücksspiel: den Ausstieg. Wien hat ihn bereits vollzogen, Kärnten hat ihn angekündigt. Das Automatenspiel ist eine letztklassige Geschäftemachelei mit dem Unglück der Betroffenen und gehört endlich abgestellt.“

Die KPÖ ist eine Partei, die ein offenes Ohr für die Opfer der Glücksspielindustrie hat.



„Der größte Fe

Die Steirische Volksstimme hat mit

Mit einem Gewinn in einem Wettcafe begann für Herrn L. der finanzielle Abstieg. Sein Leben ist aus dem Gleichgewicht geraten, weil er an Glücksspielautomaten seine Existenz aufs Spiel gesetzt hat. So wie ihm geht es tausenden Steirerinnen und Steirern. Die Politik gibt den Glücksspielkonzernen die Lizenz dazu.

Volksstimme: Warum haben Sie zu spielen begonnen?

Herr L.: Meine Freundin arbeitete in einem Wettcafe. Eines Tages ging ich sie dort besuchen. An den Automaten saß ein Bekannter, mit dem ich mich unterhielt. Ein Kellner forderte mich auf, den Bereich zu verlassen oder selbst zu spielen. Also warf ich zehn Euro ein und gewann 300 Euro. Obwohl mir Freunde sagten, ich hätte Glück gehabt und solle besser die Finger davon lassen, ging ich aber wieder spielen.

Und Sie haben verloren?

Herr L.: Ja, und anfangs dachte ich mir: Das ist immer noch besser als Trinken. Ich habe einige Freunde und Kollegen, die ihre Gesundheit damit beschädigten. Aber bald waren meine Ersparnisse weg und ich musste einen Kredit in der Höhe von 28.000 Euro aufnehmen. Das wäre ein schönes Auto gewesen. Weil ich als Unternehmer erfolgreich und angesehen bin und die

Glücksspiel in der Steiermark

80.000 Steirerinnen und Steirer sind laut offiziellen Zahlen des Landes direkt oder indirekt von Spielsucht betroffen. Fast immer sind Spielautomaten die Auslöser, von denen es in der Steiermark über 3000 Stück gibt. Noch bis 31.12.2015 dürfen diese Geräte betrieben werden. Dann könnte eigentlich Schluss mit dem Spuk sein, doch LH Voves und sein Stellvertreter Schützenhöfer haben sich darauf geeinigt, danach Lizenzen für mindestens 1000 neue Geräte zu vergeben. An diesen können dann ganz legal noch wesentlich höhere Summen verspielt werden.

Das Land nimmt durch das „Kleine Glücksspiel“ zwar Millionen an Steuereinnahmen ein, doch die Kosten für die Allgemeinheit sind insgesamt weit höher. Wien hat vorgezeigt, dass Bundesländer nicht nach der Pfeife der milliardenschweren Glücksspielindustrie tanzen müssen. Kärntens Landesregierung will so bald wie möglich aussteigen. Die steirische KPÖ tritt für einen Ausstieg der Steiermark aus dem „Kleinen Glücksspiel“ ein.



„Hier meines Lebens“

einem Betroffenen über seine Spielsucht gesprochen

Bank nichts von meiner „Leiden-schaft“ wusste, habe ich den Kredit auch problemlos bekommen.

Haben Sie das verspielte Geld zurückerhalten?

Herr L.: Zu diesem Zeitpunkt war meine Spielsucht schon so fortgeschritten, dass ich dachte, ich könne mehr gewinnen, wenn ich um höhere Einsätze spiele. Aber die Automaten sprechen eine andere Sprache. Bald wollte ich einen weiteren Kredit aufnehmen, aber die Bank verweigerte das.

Sie konnten also nicht mehr spielen?

Herr L.: Zuerst nahm ich mir wirklich vor, nie mehr zu spielen. Doch eines Tages erwischte es mich wieder. Die Schulden waren inzwischen auf 30.000 Euro angewachsen. Ich begann, meiner Familie etwas vorzuspielen, nahm nicht an Familienfesten teil und betrank mich heimlich, weil die Situation unerträglich war. Zu diesem Zeitpunkt war ich bereits

zahlungsunfähig. Um mein Familienleben zu retten, ging ich zur Schuldnerberatung. Dort wurden Zahlungsaufschübe erreicht, mehr aber nicht.

Volksstimme: Haben Sie eine Beratung für Spielsüchtige besucht?

Herr L.: Ja, aber das hat mir nicht viel gebracht. Natürlich kam meine Frau dahinter, sie ließ sich von mir scheiden. Das Haus wurde verkauft, damit sie ihren Anteil an meinen Schulden bezahlen konnte. Meinen Arbeitsplatz musste ich kündigen, da die Abfertigung von 74.000 Euro die einzige Möglichkeit war, meine Spielschulden zurückzuzahlen.

Was haben Sie dann gemacht?

Herr L.: Heute arbeite ich selbstständig. Leider habe ich wieder alles verspielt. Inzwischen besuche ich aber seit längerer Zeit keine Spielhalle mehr, sondern beschäftige mich mit den Hin-

tergründen des Glücksspiels, der Industrie, die dahinter steckt und der Politik, die davon profitiert. Ehen gehen zugrunde, Menschen werden ruiniert, das ist doch kein wirtschaftlicher Erfolg!

Was sind Ihre Zukunftspläne?

Herr L.: Da ich keinen Ausweg finde, werde ich in nächster Zeit Konkurs anmelden müssen. Welche Auswirkungen das auf meinen Betrieb haben wird, weiß ich nicht. Zum Glück halten meine Kinder zu mir, auch meine Partnerin unterstützt mich. Ich überlege, in einem anderen Bundesland neu anzufangen, wenn das irgendwie möglich ist. Dazu müsste ich aber meine Familie zurücklassen, was mir sehr weh tut.

Anderen Spielsüchtigen geht es noch schlechter: Ein Freund hat sich im Alter von 24 Jahren in seinem Auto erschossen, nachdem er sein ganzes Geld verspielt hatte.

Und ein weiterer Freund im Alter von 60 Jahren verabschiedete sich nach einer gemütlichen Runde in einem Lokal herzlich von uns allen. Am nächsten Tag haben wir erfahren, dass er sich auf seinem Dachboden erhängt hat. Ich war einer der wenigen, der wusste, dass er dem Automatenenspiel verfallen war. *Volksstimme: Wir danken für das Gespräch und wünschen Ihnen, dass Sie den Ausstieg schaffen!*

Was tun bei Spielsucht? Ein Appell von Herrn L.

Jeden kann das Schicksal treffen, keiner weiß ob sein Partner bzw. Kinder spielsüchtig sind. Wenn ihr jemanden in der Familie habt der spielsüchtig ist, helft ihm bitte! Er ist von seiner Sucht besessen und krank!

Merkmale

- Ein paar Merkmale für einen Spielsüchtigen:** – Er kommt spät nach Hause, hat dafür Ausreden.
– Er hat kein Geld in der Brieftasche.
– Er arbeitet den ganzen Tag um seine Aggressionen abzubauen.
– Er sitzt die halbe Nacht vorm Fernseher, sucht im Internet nach Kreditangeboten.
– Er plant größere Projekte, um an Geld zu kommen.
– Er borgt sich Geld von Bekannten und Verwandten...

Aufhören oder Game over

Liebe Spieler, wenn ihr spielsüchtig seid: hört auf bevor es zu spät ist, denn die Automaten zerstören dein Leben und die Existenz deiner Familie. Denn wenn es zu spät ist hilft dir finanziell keiner. Wie heißt es im Spiel, wenn nichts mehr geht: „Game over“



Symbolfoto Silva PhotOart

DER WEG DURCH DEN FEBRUAR 80 Jahre 12. Februar 1934

Im Frühjahr 1934 machte sich die deutsche Schriftstellerin Anna Seghers in die Steiermark auf. Sie fuhr mit dem Zug von Graz nach Bruck an der Mur, kaufte sich eine Landkarte der Obersteiermark und stieg auf den Spuren des letzten Weges von Koloman Wallisch zur Hochalm auf.

Im Juliheft 1934 der „Neuen Deutschen Blätter“ erschien dann ihre Erzählung „Der letzte Weg des Koloman Wallisch.“ Im Roman „Der Weg durch den Februar“ (1935) hat Anna Seghers die Geschehnisse des 12. Februar 1934 noch einmal geschildert.

Nach dem Sieg des Hitlerfaschismus in Deutschland war der Kampf der österreichischen Arbeiter für die Rettung der Demokratie ein wichtiges Fanal, das den Antifaschisten weit über Österreich hinaus Hoffnung gab. Deshalb entstanden Werke wie „Der Weg durch den Februar“, das Drama „Floridsdorf“ von Friedrich Wolf, das erst posthum veröffentlichte – Fragment einer „Koloman-Wallisch-Kantate“ von Bertolt Brecht und der Roman „Die gezählten Jahre“ von Oskar Maria Graf. Der österreichische Autor Jura Soyfer verfasste das Romanfragment „So starb eine Partei“.

Es sollte noch elf Jahre dauern, bis der Faschismus durch den militärischen Sieg der Anti-Hitler-Koalition zerschlagen wurde. Die genannten literarischen Zeugnisse trugen aber dazu bei, dass die Erinnerung an den Kampf nicht verschüttet wurde.

Auch die Witwe von Koloman Wallisch, Paula, hat in ihrem Erinnerungsbuch „Ein Held stirbt“, das 1934 von der Auslandsführung der Sozialdemokratie in der Tschechoslowakei veröffentlicht wurde, dazu beigetragen, dass die Flamme weitergetragen wurde. In ihrem Buch verschweigt sie aber etwas: Die Rolle

der KPÖ vor, während und nach den Februarkämpfen.

Der 12. Februar war nämlich der Beweis für das Versagen der SP-Parteiführung in Österreich. Ihr Versuch, dem entscheidenden Kampf mit den Klerikalfaschisten auszuweichen, hatte zur Demobilisierung der eigenen Mitglieder und vor allem der Mehrheit der arbeitenden Menschen geführt.

Am 12. Februar – als der bewaffnete Widerstand von Linz aus seinen Ausgang nahm – war die Parteiführung nicht mehr in der Lage, die Bewegung zu koordinieren oder einen Generalstreik auszulösen. Deshalb hatte die Dollfuß-Regierung leichtes Spiel.

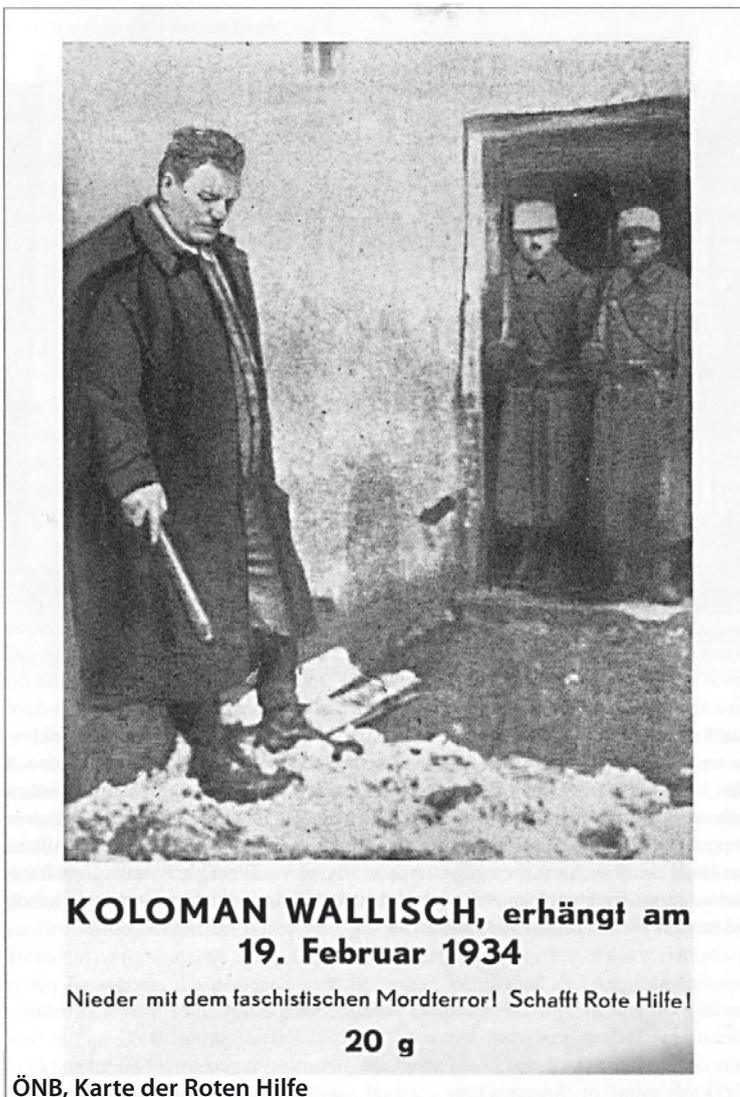
Die bittere Erfahrung der Nie-

derlage führte aber zu einem Umdenken bei vielen Sozialisten. Die meisten von ihnen traten der KPÖ bei, die in der Illegalität zu einer Massenpartei wurde und viele neue Mitglieder in der Arbeiterschaft und unter Intellektuellen gewann.

Dieses Umdenken war vorbereitet worden: Durch konsequente Überzeugungsarbeit von Kommunisten, die mit dem sich herausbildenden linken Flügel in der Sozialdemokratie um Ernst und Otto Fischer intensiven Kontakt gehalten hatten. Das führte dazu, dass in der Steiermark zahlreiche Sozialdemokraten in die illegale KPÖ eintraten.

Daran will man in der heutigen SPÖ nicht mehr erinnert werden.

Franz Stephan Parteder



1934: Arbeiteraufstand gegen die Diktatur

Am 12. Februar 1934 begann von Linz ausgehend der bewaffnete Aufstand der österreichischen Arbeiterschaft gegen Demokratie- und Sozialabbau.

Vor allem in den Städten und Industriegebieten, Wien, Graz, Obersteiermark und vielen anderen Orten kam es zu bewaffneten Widerstandsaktionen der Arbeiterbewegung.

Die sozialdemokratische Parteiführung ließ die Aufständischen im Stich, Bundesheer und austrofaschistische Heimwehren schlugen den Protest blutig nieder. Kanonen schossen auf Gemeindebauten, hunderte Tote waren zu beklagen. In „Standgerichten“ wurden viele Todesurteile gefällt, darunter gegen den Brucker SPÖ-Sekretär und steirischen Landtagsabgeordneten Koloman Wallisch. Er wurde am 19.2.1934 in Leoben gehängt.

NEUERSCHEINUNG! Februar 1934 - 80 Jahre Februarkämpfe in Österreich



Österreichs Arbeiter im bewaffneten Kampf gegen den Faschismus von Tibor Zenker. Diese Broschüre kann gegen eine freiwillige Spende bei KZ-Verband/VdA bestellt werden.

<http://www.kz-verband.at/>
Tel. 0699 1253495

ZITIERT

Im Verlauf der öffentlichen Debatte verfestigte sich unter den Waldheim-Kritikern die Überzeugung, dass dessen Verhalten während der Nazizeit samt der fehlenden Reue danach für eine ganze Generation seiner Landsleute typisch und die These von Österreich als einem oder dem ersten Opfer der nationalsozialistischen Aggression als kollektive Lebenslüge zu verwerfen sei. Die Folgen dieser Pauschalierung waren und sind desaströs – weil ihre Vertreter damit die rechtsextreme Schutzbehauptung übernahmen, es seien eh alle Österreicher für Hitler gewesen, und daraus den Schluss zogen, es gäbe in der Vergangenheit nichts, das Wert hätte, an das man anschließen, aus dem man Kraft oder Lehren für die Gegenwart ziehen könnte. Durch die solcherart propagierte nationale Selbstaufgabe, den scheinbar unaufhaltsamen Aufstieg der FPÖ unter Jörg Haider, den Zerfall des staatssozialistischen Lagers und die Diskreditierung revolutionärer Bestrebungen erschien vielen Schriftstellern und Intellektuellen ein Aufgehen des Landes in den neoliberalen Wirtschaftsblock der Europäischen Union als ein verlockendes Ziel.

Erich Hackl, Die Presse, 24.1.2014



Aufführung: Koloman-Wallisch-Kantate

Die von Bert Brecht 1935 in Dänemark geschriebene „Koloman-Wallisch-Kantate“ erzählt die Geschichte des Arbeiterführers und Nationalratsabgeordneten vom 12. Februar 1934 bis zu seiner Hinrichtung am 19. Februar 1934 in Leoben. Das balladenartige Poem sollte von Brechts kongenialen Partner, dem österreichischen Komponisten Hanns Eisler, vertont werden. Obwohl für 1937 bereits eine Uraufführung in Wien geplant war, wurde das Projekt nie verwirklicht.“

„Für das Leobener Gymnasium lag es nahe, eine Dramatisierung dieses regionalen zeithistorischen und literarischen Kleinodes in jugendgemäßer Bildsprache und Tonalität zu versuchen.“

7.A-Klasse des BG-BRG neu Leoben“, Regie: Wini Hofer

Aufführungen: am 12. Februar 2014, 18:30 Uhr in
Graz, ÖGB-Steiermark, Karl-Morre-Straße 32
am 13. Februar 2014, 17:30 Uhr in
Leoben, Koloman Wallisch Platz (beim LCS)

Eine Produktion des ÖGB Steiermark



Weitere Veranstaltungen:

11.2. 2014, 9.30 – 18.00 Uhr, Bruck an der Mur, Kulturhaus, Stadtpark 1
Symposium: Aspekte des Austrofaschismus in der Steiermark

11.2. 2014, 19.00 Uhr, Bruck an der Mur, Kulturhaus, Stadtpark 1
Podiumsdiskussion: 1934 – Wozu erinnern?

12.2.2014, 10:00 Uhr Bruck an der Mur, Friedhof St. Ruprecht
Gedenkveranstaltung: Der Bürgerkrieg im Februar 1934 – Anlass und Folgen

Ausstellung

Widerstand 1934/2014
vom 12. März bis 11. Juli 2014

Ort: Stadtmuseum Bruck an der Mur, Kulturhaus, Eingang Schillerstraße 1

Öffnungszeiten: Mittwoch und Donnerstag von 14.00 bis 17.00 Uhr. (Jeden 1. Donnerstag im Monat bis 19.00 Uhr). Besuch der Ausstellung außerhalb der Öffnungszeiten und Führungen gegen Voranmeldung unter 03862 / 890-461 (Mag. Irmengard Kainz).

Veranstaltungen zum
Februar 1934

Do. 13. Februar, 19 Uhr, Judenbg. Im Kältefeber. Februargeschichten 1934

Lesung mit Evelyne Polt-Heinzl und dem Schauspieler Werner Halbedl

Im Kältefeber (Hg. von Erich Hackl und Evelyne Polt-Heinzl, Picus 2014) ist die bislang umfangreichste Anthologie zu den Februartkämpfen. In Volkshaus Graz lesen der Herausgeber Erich Hackl und die Schauspieler Birgit Stöger aus dem eben erschienenen Band.

Judenburg, Freies Atelier, Kaserngasse 16 – Mit dem Stadtmuseum Judenburg

Samstag, 15. Februar 14 Uhr: Stadtrundgang mit Heimo Halbrainer (Verein Clio).

Treffpunkt: Arbeiterkammer, Hans Resel Gasse 8-14, 8020 Graz

Graz und vor allem Eggenberg war im Februar 1934 eines der Zentren des Widerstands der Arbeiter gegen das austrofaschistische Regime. Mit dem Historiker Heimo Halbrainer werden wir die Orte der Kämpfe sowie die Orte der Erinnerung an den Februar 34 besuchen.

Weitere Termine zum Februar 1934 unter: bildungsverein.kpoe-steiermark.at



» Na kateri strani si?
» Auf welcher Seite bist du?

SPOMINSKA PRIREDITEV GEDENKVERANSTALTUNG Arihova peč

PRAPROTNICE Katarina Juvančič & Dejan Lapanja (slo)
Zapisani sledovi spomina Kratak film
Spuren der Erinnerung Kurzfilm TOZ

SOBOTA SAMSTAG 1. 3. 2014 · 19.30h
Farovž Šentjakob/St. Jakob i. R.



Lesung & Konzert mit Robert Stadlober, Thomas Ebermann, Frank Spilker, Manuel Schwiers und Knarf Rellöm

Erich Mühsam: Begnadeter Schüttelreimer, Münchner Räterevolutionär, Bohemien, langjähriger Festungshäftling, Kabarettist, Anarchist, Caféhausliterat, von den Nazis im KZ ermordeter Jude. Wohlmeinende Ratschläge, er solle sich doch besser festlegen, ob er Künstler

oder politischer Aktivist sei, ergingen häufiger an ihn.

Mühsam verwarf solchen Rat: „Immer, wenn man mich einen Don Quichote nannte, wusste ich, dass ich auf dem richtigen Weg bin.“

Robert Stadlober und Thomas Ebermann **lesen** szenisch, Frank Spilker (Die Sterne), Manuel Schwiers (School of Zuvorsicht) und Knarf Rellöm (Knarf Rellöm X) besorgen die Musik, **vertonen** seine Gedichte – alle drei und zudem Robert Stadlober spielen auch eigene Songs.

Freitag, 28. Februar 2014, 19 Uhr, KPÖ-Bildungszentrum im Volkshaus/Ljudski Dom, Lagergasse 98a, 8020 Graz

Kartenvorverkauf ab 27.1., Karten im Zentralkartenbüro (Herrengasse 7) oder unter 0316/712959.

Der spätere KPÖ-Kulturminister Ernst Fischer war der wohl bekannteste linke Sozialdemokrat, der 1934 in die – damals illegale – KPÖ übertrat.



STEIRISCHE Volksstimme

Landhaus, Herrngasse 16, 8010 Graz,
Fax 0316/877 5108 oder E-Mail: volksstimme@kpoe-steiermark.at

Briefe an die Redaktion

Die Redaktion behält sich vor,
Leserbriefe gekürzt zu
veröffentlichen

Pflegeregress: Es macht Angst in der Steiermark zu leben

Nach Vorliegen einer Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes wurden und werden derzeit im Zusammenhang mit dem Pflegeregress Zahlungsbefehle an Angehörige verschickt, die Zahlungsverpflichtungen von 10.000 bis 15.000 Euro!! umfassen. Zahlbar binnen vier Wochen. Davon betroffen sind

beispielsweise Familien mit einem Einkommen von ca. 3000 Euro, ohne jegliche Berücksichtigung gesetzlicher Unterhaltspflichten. Und dann gehen die monatlichen Zahlungen in Höhen von 300, 400, 500 Euro und mehr auf unbestimmte Zeit weiter.

Natürlich nur für Steirer. Ausgenommen sind freilich meist auch UnternehmergattInnen und Landwirte, egal, was der Betrieb abwirft. Hier kann man das Einkommen

entsprechend verteilen bzw. gilt der Einheitswert. Es macht mittlerweile Angst, in diesem Bundesland zu leben. Herr Voves und Herr Schützenhöfer sind vermutlich auch noch stolz auf ihr Unrechtssystem. Das starre Festhalten am Regress bleibt unverständlich. In einem ersten Schritt könnte man zumindest Urlaubs- und Weihnachtsgeld unangetastet lassen und gesetzliche Unterhaltspflichten für eigene Kinder anerkennen und so

eine kleine Erleichterung schaffen, die fürs Landesbudget völlig bedeutungslos bleibt. Nur weil es nicht verfassungswidrig ist heißt das nicht, dass es richtig ist. Eine Familie mit mehreren Kindern mit 3000 Euro Familieneinkommen zahlt rund 400 Euro im Monat, ein Kinderloser mit 1500 Euro Einkommen zahlt gar nichts. Und dass sich gerade die Sozialdemokratie auch noch bei den Sonderzahlungen bedient, ist Verrat an ihrer eigenen Geschichte.

Aron Murcielago und eine Gruppe Betroffene und Angehörige

Pflegenotstand

Es ist nicht mehr vertretbar, dass für Menschen in den steirischen Heimen kaum noch Zeit vorhanden ist, diese Menschen auf Grund des niedrigen Personalschlüssels viel zu wenig Betreuung erhalten, und oft in den Heimen das Motto der Pflege, auf WARM-SATT UND SAUBER reduziert wird. Demente Menschen, Schlaganfallpatienten, Menschen mit den verschiedensten Autoimmunerkrankungen und Behinderungen, haben oft viel zu wenig Zuwendung und Betreuung. Das gilt auch für die Personalnot in den Spitälern. Die Pflegeberufe gehören endlich deutlich durch höhere Personalschlüssel und regelmäßige gesetzlich vorgeschriebene unterstützende Maßnahmen entlastet.

Leo Kulmer



WINTERWOCHE in St. Radegund



- Vollpension
- Betreuung durch ein qualifiziertes Team
- Hin- und Rückreise (Graz - St. Radegund - Graz)
- Gondelfahrt auf den Schöckel

Preis: € 175,-

abzgl. Landeszuschuss



OSTERWOCHE in St. Radegund



- Vollpension
- Betreuung durch ein qualifiziertes Team
- Hin- und Rückreise (Graz - St. Radegund - Graz)
- Gondelfahrt auf den Schöckel

Preis: € 175,-

abzgl. Landeszuschuss

Auskunft und Anmeldung:

Mehlplatz 2, 8010 Graz
 Tel.: 0316 / 82 90 70
 Fax: 0316 / 82 06 10
 office@kinderland-steiermark.at
 www.kinderland-steiermark.at

Auskunft und Anmeldung:

Mehlplatz 2, 8010 Graz
 Tel.: 0316 / 82 90 70
 Fax: 0316 / 82 06 10
 office@kinderland-steiermark.at
 www.kinderland-steiermark.at

2014
Feriensommer
 für Kinder im Alter von 6 bis 15 Jahren
Sommer, Sonne, Ferien: LOS!

1-2 oder 3 Wochen möglich!
 Kindervilla in St. Radegund von 06. Juli bis 19. Juli
 Feriendorf am Turnerseel von 06. Juli bis 09. August
 Auskunft und Anmeldung:

 Mehlplatz 2, 8010 Graz
 Tel.: 0316 / 82 90 70
 Fax: 0316 / 82 06 10
 office@kinderland-steiermark.at
 www.kinderland-steiermark.at



Tiere suchen ein Zuhause

TIERECKE

Beim Landestierschutzverein warten Haustiere auf neue Besitzer; oder entlaufene Lieblinge auf ihre alten...

Folgende Tiere vermittelt das Tierheim des Landestierschutzvereins, Grabenstraße 113, Graz, Tel. 0316 / 68 42 12 • <http://www.landestierschutzverein.at>



Neron: ist ein ca. 9-jähriger Kroatischer Schäfferrüde. Er hat ein freundliches Wesen und liebt ausgedehnte Spaziergänge.

Bonny ist eine ca. 9-jährige Mischlingshündin. Sie hat ein ruhiges Wesen und ist sehr verschmust. Sie wäre ideal für ältere Leute.

Gino: ist ein 6-jähriger, kastr. Pitbullterrier-Rüde. Er ist Kinder gewohnt, sehr anhänglich. Mit anderen Tieren ist er nicht verträglich, deshalb wäre ein Einzelplatz ideal.

Luna: ist eine weibliche, kastr. Halblanghaarkatze, die anfangs etwas schüchtern ist, aber sobald sie Vertrauen fasst genießt sie die Streicheleinheiten.

Gordon: ist ein noch etwas schüchterner, kastr. Kater. Er braucht einen Platz, wo man Geduld mit ihm hat.



Nala ist eine weibl., kastr. Katze, die sich einige Zeit als Streunerkatze durchgeschlagen hat. Sie ist ängstlich und braucht Zeit und Geduld.

Daron, Gismo, Selina, Chinchillas: Insgesamt drei Chinchillas (zwei kastr. Männchen und ein Weibchen) suchen einen guten, neuen Platz. Sie sind zutraulich und suchen einen gemeinsamen Platz. Nicht für Kinder geeignet.

Mogli ist ein im November 2013 geborener Kaninchenrammler. Er sucht ebenso, wie seine zwei Brüder ein gutes neues Zuhause.

Tierheim Murtal

Murweg 3, 8723 Kobenz, Tel.: 03512/49575

Öffnungszeiten: Montag – Samstag 9-11 und 14-17
Sonn- und Feiertags geschlossen



STEIRISCHE Volksstimme

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Hersteller und Verleger: Landtagsklub der KPÖ Steiermark, Herrengasse 16/3, 8010 Graz. Für den Inhalt verantwortlich: Andreas Fuchs. Verlags- und Herstellungsort: m-4, Graz. Tel. 0316 / 877-5102. Fax 0317 / 877-5108
E-Mail: volksstimme@kpoe-graz.at // DVR: 0600008

Offenlegung: Das Grazer Stadtblatt / die Steirische Volksstimme – Informationsblatt der KP Steiermark ist ein Regionalmedium und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne der Arbeit der KPÖ Steiermark. Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen und tritt für eine Stärkung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein. Auf sprachliche Geschlechtsdiskriminierung wird zugunsten der Gleichheit verzichtet.



Die Volksstimme kostenlos bestellen!

INFORMATION aus Stadt und Land! Aus erster Hand, kostenlos, unverbindlich, aktuell: Bestellen Sie die steirische Volksstimme! Wir senden Ihnen unsere Zeitung künftig gerne kostenlos und unverbindlich zu.

- Ich möchte:**
- Die steirische Volksstimme und die Landtags-Informationen der KPÖ
 - Das Programm des KPÖ-Bildungsvereins regelmäßig zugesendet bekommen.
 - Kontaktaufnahme, Mitarbeit

Gedanken und Anregungen: _____

Name: _____
 Adresse: _____



An die
STEIRISCHE Volksstimme

Claudia Klimt-Weithaler
Landhaus, Herrengasse 16
8010 Graz
Fax: 0316 / 877 51 08
E-Mail: kpoe-ltk@stmk.gv.at

Arbeiterkammer-Wahl 27. März bis 9. April 2014

Mut zum Widerspruch



Arbeiterkammerrat
Kurt Luttenberger

GLB-KPÖ

Liste 5

